

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei m's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Ich bitte um Freisprechung!

So sprach sehr eindringlich vor dem Münchener Landrecht ein Eisenbahntagelöhner Namens Müller, der angeklagt war, die bekannte Eisenbahnkatastrophe von Röhrmoos mit herbeigeführt und dadurch die Tödtung resp. Körperverletzung mehrerer Passagiere durch Fahrlässigkeit verschuldet zu haben. Müller unterstützte und begründete seinen Antrag auf Freisprechung sehr wirksam durch Darlegung seiner persönlichen Verhältnisse.

„Ich bin,“ sprach Müller, „verheirathet und habe zehn Kinder zu ernähren; dazu habe ich einen Taglohn von 1 Mark 75 Pfennig. Ich bin seit 21 Jahren im Dienst und habe mir nie etwas zu Schulden kommen lassen. Den Feldzug von 1870 habe ich auch mitgemacht. Ich kann meinen Dienst kaum versehen; ich muß Frau und Kinder zu meiner Unterstützung heranziehen. Meine Dienstzeit beträgt siebenzehn Stunden; ich kann nur durch Begünstigung meiner Vorgesetzten einige Stunden schlafen, sonst hätte ich Tag und Nacht Dienst!“

Fürwahr, eine wirksamere Verteidigungsrede ist selten gehalten worden. Müller wurde indessen zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt — wir wollen darüber weiter keine Betrachtungen anstellen, denn es mag wirklich Fahrlässigkeit vorgelegen haben oder mag dies zweifelhaft erscheinen, die Sache bleibt immer die gleiche. Siebenzehn Stunden Arbeitszeit und 1 Mark 75 Pf. Taglohn bei einer Familie von 12 Köpfen — Zeitalter der Humanität!

Der Angeklagte Müller beleuchtet mit seiner Aussage so recht grell die Zustände im Eisenbahnwesen, dieselben Zustände, die schon so oft gerügt worden sind. Auf diesem Gebiete wäre vielleicht am ehesten abzuhelfen, denn die bestmögliche Kontrolle ist im Eisenbahnwesen am leichtesten durchzuführen und ist sehr wirksam zu gestalten. Aber warum geschieht nichts?

Es ist merkwürdig, daß man beim modernen Staatsbetrieb und beim Privatbetrieb auf die gleiche Abneigung und auf den gleichen Widerstand stößt, wenn es sich um Verkürzung der Arbeitszeit und um Erhöhung der Arbeitslöhne handelt.

Die Privatindustrie beruft sich auf die Konkurrenz auf dem einheimischen und auf dem Weltmarkt, wenn man von ihr fordert, sie solle mit der Verringerung der Produktionskosten auf Rechnung der Arbeiter inne halten. Man kann sonst die Preise auf dem Markt nicht halten, heißt es einfach, und alle Gegengründe finden taube Ohren. Der jähe Widerstand gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung findet hierin seinen Rückhalt.

Aber auch im modernen Staatsbetrieb herrschen keine zeitgemäßen Anschauungen. Die Betriebsleiter bringen zu sehr ihre persönlichen Rücksichten und Interessen ins Spiel. Man sollte sich daran gewöhnen, ein so wichtiges Verkehrs-

mittel, wie die Eisenbahn, auch als eine allgemeine Wohlfahrtsanordnung zu betrachten, die vor allem Anderen den Zweck hat, dem Publikum den Verkehr zu erleichtern und möglichst bequem zu machen. Das ist, sollte man meinen, eigentlich etwas Selbstverständliches. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, solche Gesichtspunkte seien bei den Betriebsleitungen maßgebend. Wenn bei den Privatbahnen die Direktoren bemüht sind, eine möglichst hohe Rente für die Aktionäre herauszuschlagen, und wenn sie zu diesem Behufe sich bemühen, durch niedrige Bezahlung des internen Beamtenheeres die Betriebskosten zu verringern, so findet sich bei den Staatsbahnen dasselbe Bestreben zu Gunsten des Staats, die Betriebsleitungen der Staatsbahnen sind bemüht, mit recht kräftigen Ueberprüfungen in dem Staatshaushalt aufzuschreiben zu können. Sie wollen sich Verdienste um den Staat erwerben. Um dies zu bewirken, muß natürlich an den Betriebskosten gespart und kann auf die Bequemlichkeit des Publikums nicht die zeitgemäße Rücksicht genommen werden. Die höheren Beamten werden „standesgemäß“ honorirt; bei den niederen Beamten und bei den Arbeitern aber zwackt man ab. So kommen die Ueberprüfungen heraus und die Verteidigung des Angeklagten Müller liefert das drastische und passende Beispiel dazu.

Run kann man entgegnen: Die Ausgaben des Staats steigen; wenn man sie nicht mehr in dem bisherigen Maße aus den Erträgen der Staatsbahnen decken kann, so wird man neue Steuern aus schreiben müssen.

Mag sein, aber es läme dann darauf an, diese Steuern so einzurichten, daß nicht wieder die Arbeiter die Hauptlast zu tragen hätten.

Die Sache liegt ganz anders. Es handelt sich nicht allein um das Wohl und Wehe der Arbeiter, die bei den Bahnen angestellt sind; es handelt sich auch um Leben und Gesundheit der Passagiere.

Denn wenn ein Bahnarbeiter mit verantwortungsvoller Beschäftigung siebenzehn Stunden Arbeitszeit hat, so kann er unmöglich immer so munter sein, um auf alles, was ein Unglück herbeiführen kann, aufzupassen. Sein Körper leidet unter einer unanfechtlichen Ueberanstrengung und der lärgliche Lohn gestattet ihm nicht, die schwindenden Kräfte durch reichliche und nahrhafte Kost zu ersetzen. Wenn Frau und Kinder den Dienst mit versehen, so wird er naturgemäß mangelhaft versehen; die Frau gehört eben ins Haus und die Kinder in die Schule. Mögen es doch die Herren Betriebsdirektoren einmal probiren, nur einen Monat lang täglich siebenzehn Stunden zu arbeiten; sie werden bald spüren, wie ihnen vor Ermüdung die Augen zufallen.

Die Sicherheit von Leben und Gesundheit der Reisenden verlangt es gebieterisch, daß solche Zustände beseitigt werden.

Man mag auch bedenken, daß eine staatliche Betriebsanstalt nicht gut daran thut, den Privatunternehmern ein

solches Beispiel zu geben. Im Gegentheil sollten die Staatsbetriebe zeigen, wie man das Gemeinwohl fördern kann, um die Privatindustrie zur Nachahmung anzuregen. Die Profitmacherei zu Gunsten des Staats auf Kosten armer Arbeiter kann von uns nicht anders beurtheilt werden, als jene zu Gunsten der Aktionäre.

Der arme Bahnarbeiter geht nun in's Gefängniß. Möge die öffentliche Meinung aber seine Worte aufnehmen und energisch die Verbesserung des bisherigen Betriebssystems fordern!

### Politische Uebersicht.

Die antisemitischen Sozialdemokraten, welche in einem bei der letzten Belagerungsauklandsdebatte im Reichstag besprochenen Flugblatt der Stöderianer als Zeugen für die Judenhegerei und gegen die vaterlandslose, von Juden geleitete deutsche Sozialdemokratie aufgeführt werden, sind Geschwisterkinder der Steifleinenen des berühmten Ritters Falkstaff. Außer Herrn Stöder oder Herrn Bödel hat sie Niemand gesehen. Von dem Internationalen Arbeiterkongreß, der in Paris — man denke: in Paris — der die in dem Flugblatt erwähnten jüdenhegerischen Beschlüsse gefaßt haben soll, hat Niemand im Saine-Babylon etwas gemerkt. Der aller Welt bekannte Internationale Arbeiterkongreß hat natürlich keine Judenhegerei getrieben; und dem Vorkongreß-Kongreß, der sich ebenfalls „international“ nannte, ist ein derartiger Wöddfian auch nicht in den Sinn gekommen. Andere Arbeiterkongresse — mit Ausnahme verschiedener Fachkongresse, die sich jedoch selbstverständlich mit der Judenfrage nicht befassen — haben aber im Lauf dieses Jahres in Paris überhaupt nicht stattgefunden.

Die Vermuthung drängt sich unter solchen Umständen auf, das Paris, von welchem die Rede ist, sei nicht das Groß-Paris an der Seine, sondern das Klein-Paris an der Pleiße, wo das betreffende Flugblatt auch veröffentlicht worden ist. Herr Liebermann von Sonnenberg war dann wohl Präsident jenes Internationalen Arbeiterkongresses. Die Vermuthung hat viel für sich, denn seit Stöder in Berlin abgetafelt ist, hat der deutsche Antisemitismus Klein-Paris zu seinem Hauptquartier. Und warum sollten die Judenheger nicht auch einmal einen schlechten Witz machen können?

Die Bewegung unter den Bergleuten im Saarrevier dauert, wie der „Frankfurter Zeitung“ von der Saar geschrieben wird, fort, hält sich aber in ruhigen Geleisen. Allwöchentlich werden Versammlungen abgehalten, hauptsächlich von dem Vorstande des Rechtshilfsvereins, doch auch von dessen Gegnern, den sogenannten Bergleuten gemäßigter Richtung. Bis jetzt haben die letzteren, obwohl alle „mahgebenden“ Faktoren, Beamte, der größte Theil der Presse u. auf ihrer Seite stehen, wenig Erfolge.

Regierungspräsident und Landrath. Ueber eine merkwürdige Scene zwischen dem oberfränkischen Regierungspräsidenten von Burchard und dem oberfränkischen Landrath-

### Feuilleton.

### Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Er sei überzeugt, wenn man ihm die Sache übertrage, würde es ihm gewiß gelingen, die Kompagnie zur Bewilligung günstigerer Bedingungen zu bestimmen; aber Alles werde der Teufel holen, wenn sie mit ihrer Hartköpfigkeit die Reform erzogen wollten.

Stephan, dem die Entrüstung die Zunge band, hatte ihn reden lassen, endlich rief er:

„Aber, Mensch, hast denn Du kein Blut in den Adern?“

Er hatte Lust, ihn zu ohrfeigen, und um dieser Versuchung zu widerstehen, durchmaß er mit großen Schritten den Saal, seinen Zorn an den Bänken auslassend, an denen er vorüber mußte.

„Schließt wenigstens die Thür,“ ermahnte Souvarine.

„Es braucht Euch Niemand zu hören.“

Und nachdem er selbst sie geschlossen, setzte er sich auf einen der Stühle neben dem Tisch, rollte eine Zigarette und betrachtete die Beiden mit seinem ruhigen und seinen Blick, während ein kaum merkbares Lächeln seine Lippen spitzte.

„Wenn Du zornig wirst, machst Du nichts besser,“ fuhr Raffeneur fort. „Ich hatte erst geglaubt, daß Du ein vernünftiger Mann seiest. Denn es war ganz richtig, daß Du den Kameraden Ruhe gepredigt und sie geheißt hast, zu Hause zu bleiben und nicht in die Wirthshäuser zu laufen, mit einem Wort, daß Du Deinen Einfluß benutzt hast, um

die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber jetzt willst Du sie plötzlich in die Sauce hineinziehen!“

Stephan schritt immer noch auf und ab, und jedes Mal, wenn er zu Raffeneur zurück kam, packte er ihn bei den Schultern, rüttelte ihn und schrie ihm seine Antworten in's Gesicht.

„Zum Teufel, ja, ich habe ihnen gesagt, daß sie sich still verhalten und ich rathe ihnen noch heute, sich nicht zu rühren. Aber man muß uns nicht bis auf's Aeußerste treiben! . . . Wenn Du kalt bei der Sache sein kannst, um so besser für Dich. Aber ich, es giebt Stunden, wo ich meine, ich müsse den Verstand verlieren.“

Dies war seinerseits ein Bekenntniß. Er lächelte heute über seine früheren Illusionen, über sein träumerisches Hoffen auf Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Ach wenn sie darauf warten wollten, da werden sie bis an's Ende der Welt zusehen, wie die Menschen, gleich Wölfen, einander verzehren! Nein, man muß Hand anlegen, sonst wird die Ungerechtigkeit nie aussterben und die Reichen werden unaufhörlich den Armen das Blut aussaugen. Ein Unsinn auch, den er sich nicht verzeihen konnte, war's, daß er gesagt, man müsse die Politik nicht mit der sozialen Frage mischen. Er wußte eben damals noch gar nichts; inzwischen aber hatte er gelesen und studirt, seine Ideen waren gereift und zu einem System entwickelt. Doch er erklärte dieses System schlecht und in etwas verworrenen Phrasen, welchen von all den Theorien, die er durchgedacht und wieder verworfen hatte, etwas anklebte. Als Grundgedanke galt ihm der Ausdruck von Karl Marx, daß das Kapital das Resultat des Raubes sei und daß die Arbeit das Recht habe, sich wieder in den Besitz dieser gestohlenen Reichthümer zu setzen. Die Dinge wurden jedoch konfus, sobald er zu einem praktischen Programm übergehen wollte. Er war zuerst von den Vätern Proudhons zu der Chimäre des gegenseitigen Credits verführt worden, einer großen

Wechselbank, welche alle Vermittler ausschloß. Dann dachte er an die Sociétés cooperatives von Laffalle, welche durch den Staat dotirt, nach und nach den ganzen Erdkreis in eine einzige Industriestadt verwandeln sollten; aber die Schwierigkeiten der Kontrolle verleiteten ihm dies Projekt. Seit Kurzem hielt er es mit dem Kollektivismus und sein Schlagtruf im Streik war: Die Mine gehört dem Bergmann, aber er wußte nicht, wie diesen neuen Traum realisiren, und meinte schließlich, man müsse sich zunächst der Regierung bemächtigen, dann werde man weiter sehen.

„Aber was ist denn in Dich gefahren?“ rief er heftig, sich wieder vor Raffeneur aufstellend. „Warum hältst Du es heute mit unseren Feinden? Hast nicht Du selbst gesagt, es müsse Alles zusammenbrechen?“

Raffeneur erröthete ein wenig.

„Ja, das hab' ich gesagt, und wenn es bricht, wirst Du sehen, daß ich nicht feige bin, wie ein Anderer. Aber ich will nicht mit Denen halten, die uns in die Klemme führen, um sich selbst eine Position zu machen.“

Jetzt war es an Stephan, verlegen zu werden. Die beiden Männer schrien nicht mehr, die Sprache wurde trocken und bitter; sie hatten ihre versteckte Rivalität bekräftigt. Diese ihre Rivalität war es, welche sie in die Extreme warf: den Einen zu seinen revolutionären Ueberhebungen, den Anderen zu einer erkünstelten Vorsicht und Mäßigung.

Ueber die blonden Mädchenzüge Souvarine's aber zog eine stumme Verachtung. Der ernste Mann, der bereit war, das Leben für seine Sache zu opfern, ungeschrien und ohne selbst den Ruhm eines Märtyrers ernten zu wollen, verurtheilte diese ehrgeizigen Streber.

„Du bist eifersüchtig?“ fragte Stephan den Schankwirth.

Eifersüchtig, und worauf? Ich spiele nicht den großen

Präsidenten v. Munder berichten bayrische Blätter aus Bayreuth. Während im vorigen Jahre beim Landratswahl der Regierungspräsident den Landratspräsidenten unarmte und kühle, reichte er ihm diesmal nicht einmal die Hand zum Abschied. Und das alles, weil der Landrat ein Lieblingsprojekt des Regierungspräsidenten, die Gründung einer Haushaltungsschule für Bauernkinder, für welche der Landrat einen einmaligen Beitrag von 3000 Mark und eine jährliche Beihilfe von 1000 Mark bewilligen sollte, einstimmig abgelehnt hatte. Daraufhin hielt der Regierungspräsident dem Landrat zum Schluss eine Standrede, in welcher er die Hoffnung aussprach, die Mitglieder der Landratsämter und der parlamentarischen Tradition des oberfränkischen Landrates wieder zurückzuführen, dann werden Sie auf alleiniger Grundlage der Beschlüsse in den Ausschüssen und Plenarversammlungen die Vorlagen prüfen und diese ohne Voreingenommenheit, ohne Mißtrauen gegen die Kreisregierung beschließen. Unter den Landräthen herrschte eine Entrüstung, eine Aufregung über die ihnen zugefügte Beleidigung, daß sofort die Mandatsniederlegung beschlossen wurde. Selbst die adeligen Herren, welche den Regierungspräsidenten über Alles verehrten, waren empört über die Zurückweisung des Landrats in dieser unerhörten Form. Es wurde eine Kommission gewählt mit dem Auftrag, die Würde und das Ansehen des oberfränkischen Landrats zu wahren.

Die nachträglich aus Bayreuth gemeldet wird, erklärte der Regierungspräsident von Burchstorf mündlich und schriftlich, daß er nicht die Absicht hatte, den Landrat oder eines seiner Mitglieder beleidigen oder kränken oder eine unberechtigte Kritik seines Verhaltens üben zu wollen. Die Worte seien vielleicht in der Erregung ernster und nachdrücklicher, als er gewollt, gesprochen worden.

**Freiherr v. Marschall**, der badische Bevollmächtigte zum Bundesrat, hat nach dem stenographischen Bericht im Reichstage behauptet, daß die bei der letzten Reichstagswahl verbotenen sozialistischen Flugblätter „in geradezu schamloser Weise die besitzlosen Klassen gegen die Besitzenden aufbeben“ und daß darin unter anderem der Satz vorkomme, daß „die Volksvertreter nichts anderes thäten, als das Volk zu unterdrücken, auszubeuten, zu mißhandeln und das, was geübe, alles auf Kosten des Geldbuehels, der Freiheit und des Rechts der armen Leute geübe“. Es ist unklar, daß dieser Satz in einem der beiden Flugblätter steht oder auch nur dem Sinne nach aus ihnen gefolgt werden kann. Ebenso ist es unklar, daß der sozialistische Kandidat wiederholt mit dem Sozialistengesetz in Konflikt gerathen sei. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, wird Herr Müller, mit dessen Broschüre sich Freiherr v. Marschall ebenfalls beschäftigte, die Frage der Anwendung des Sozialistengesetzes in Baden zum Gegenstand einer Interpellation im badischen Landtag machen und dabei den Herren Marschall und Fischer auch die Antwort auf ihre thatsächlichen und rechtlichen Ausführungen im Reichstag erteilen.

**Ueber Soldatenmißhandlungen** ist am Dienstag im bayerischen Landtage vielfach Klage geführt worden. Abg. Bäuerle besprach die moralischen Mißhandlungen. Ein Instruktionsoffizier in Inaolstadt habe die Lehrkompanie, in der sich Leute mit 6 und 8 Dienstjahren und verheirathete Männer befanden, mit Ausdrücken angeredet, die man sonst nur von ganz rohen und ungebildeten Menschen gewohnt sei. Redner verliest eine Blüthenlese dieser Ausdrücke wie Schafköpfe, Sauköpfe, Felsköpfe, Sautroddel u. s. w. Eine solche Behandlung bedeute, wenn sie auch eine Ausnahme bilde, eine moralische Herabwürdigung des Lehrstandes. Abg. Dr. Orterer konstatierte auf Grund von Zeitungsausschnitten eine Reihe von traffen und empörenden Soldatenschindereien, so namentlich in 3. und 2. Regiment. Der Fall des Sergeanten Pöfferl im 2. Regiment sei geradezu unerhört. Derselbe hat auf dem Gefeldes zum Zeitertrieb mit dem Zimmerhaken auf seine Soldaten geschossen und mehrere derselben verwundet. Ebenso gravirend sei ein Fall des Wewachmeister's Götzl im 5. Ueb. Reg. in Saargemünd, welcher seine Untergebenen förmlich gemariet habe. Das Insektenspiden sei während der letzten Manöver selbst gegenüber Reservisten am Ende der Wer Jahre beliebt gewesen, und hier helfschmichts anderes, als solche Soldatenschinder mit der höchsten Strafe, der Ausstoßung aus dem Militärverbande zu belegen und sie von den blau-weissen Grenzpfählen fernzuhalten. (Man scheint also wahrlich die aus Preußen importirten Unteroffiziere als die ersten in ihrem Fache zu betrachten. Denn gegen diese scheint sich hauptsächlich die Abneigung zu richten.) Dem Götzl seien trotzdem mildernde Umstände bewilligt und entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, welcher auf 2 Jahre lautete, auf 1 Jahr 2 Monate erkannt worden.

**Aus Sachsen**, 19. November. Im sächsischen Landtag haben die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag auf Aufhebung des Schulgesetzes, sowie auf Abänderung des Volksschulgesetzes eingebracht. Bezüglich des letzteren Punktes beantragen sie, daß der Staat zur Unterhaltung der Volksschule einen jährlichen Beitrag von 10 Millionen Mark aus der Staatskasse leisten und daß nur der Fehlbetrag, sofern nicht Vermögensbestände und Stiftungsfonds vorhanden sind, durch Besteuerung der Gemeindeglieder aufgebracht werden solle.

Der erwähnte Staatszuschuß soll nach der Kopfzahl der schulpflichtigen Kinder an die einzelnen Schulgemeinden vertheilt werden. Hinsichtlich der Lehrbücher verlangen die Antragsteller, daß in allen Volksschulen Sachsens einheitlich vorgegangen werden möge und endlich beantragen sie, daß alle Lehrmittel in diesen Schulen unentgeltlich an die Schüler abgegeben werden sollen.

**Hamburg**, 20. November. Die vor Kurzem erfolgte Beschlagnahme einer Nummer der „Neuen Zischlerzeitung“ war von unserm Polizeichef Herrn Senator Dr. Sachmann damit begründet, daß der inkriminierte Artikel „fivol“ und „schamlos“ abgefaßt sei. Der Artikel behandelte allerdings in etwas lebhafter Zeichnung das Bestreben, durch „Vereine gegen Bettelei“, Einrichtungen von Verpflegungsstationen mit obligatorischer Arbeit, ehe die Bettelstuppe verdrängt wird u. s. w. u. s. w., der Bagabondage Feuer zu wölten. Ob die Beschlagnahme aufrecht erhalten werden kann, muß der Erfolg oder Nichterfolg der erhobenen Beschwerde erweisen. Mittlerweile hat jedoch der Redakteur der „Neuen Zischlerzeitung“, Herr R. Müller, eine Klage wegen Beleidigung gegen Herrn Senator Sachmann angedreht, da er sich durch die Ausdrücke „fivol“ und „schamlos“ in seiner Ehre gekränkt fühlte. Der Südhöfgericht, welcher vor dem Schöffengericht am letzten Sonnabend stattfand, blieb erfolglos, weil Herr Senator S. weder selber erschienen war, noch überhaupt auch nur einen Vertreter geschickt hatte. Nun wird die Klage ihren weiteren ordnungsmäßigen Gang nehmen. Selbstverständlich ist man auf den Ausgang der Sache allgemein sehr gespannt.

In einer andern Angelegenheit ist dem Herrn Senator S. eine kleine Genugthuung zu Theil geworden. Wie seiner Zeit gemeldet wurde, hatte ein hiesiger Rechtsanwalt gleichfalls unsern Polizeichef, um des gegen ihn von letzterem persönlich angewendeten Ausdrucks „näfewit“, wegen Beleidigung verklagt und wurde schließlich der Herr Senator vom Landgericht zu 5 M. Strafe verurtheilt. Jetzt nun ist dieser Rechtsanwalt, Dr. Berthold, vom Ehrengericht der hiesigen Anwaltskammer zu einem Verweise und 2000 M. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er in seiner Anklagesache wider Senator S. und in einer Duellaffäre mit einem hiesigen Amtsrichter Dr. Harke der „Anwaltschre“ zuwider gehandelt haben soll. Mit der Duellaffäre verhält es sich so: Dr. Berthold und der Amtsrichter Harke gerietzen eines Tages aneinander, worauf letzterer dem Dr. B. eine Herausforderung zusandte. Dieser ging hierauf nicht nur nicht ein, sondern brachte die Sache auch noch obendrein bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige. Dafür nun und daß er gegen den Herrn Senator wegen Beleidigung geklagt hat, muß er jetzt 2000 M. Strafe zahlen und erhält er auch noch von dem „Ehrengericht“ der Anwaltskammer einen Verweis obendrein. Der Oberstaatsanwalt begründete selber diese Anklage. Wenn Dr. Berthold auch die Anzeige in der Duellgeschichte immerhin hätte unterlassen können, so hat er im Grunde doch gefehlt nur durchs ausforret gehandelt und wird nun dafür bestraft! Reite Zustände in unserm Rechtsstaate!

Die hiesigen Kolonialwaaren-Handlungsgehilfen sind ebenfalls in eine Bewegung getreten zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und haben sie zu dem Behufe einen Verein gegründet. Ihre Forderung beschränkt sich vorläufig auf eine frühere Schließung der Geschäfte. Die Leute sind ja so bescheiden! Doch verfahren sie von einem ganz verkehrten Standpunkte bei ihrer Bestrebung. Die Mehrzahl der Kolonialwaarenhändler lebt von den so kleinen Leuten, der Arbeiterbevölkerung. Wenn diese auf Seite der Krämerkommiss gehen, dann könnte ihre Forderung leicht durchgeführt werden, indem in allen Arbeiterzusammenschüssen dafür propagirt würde, daß die nöthigen Einkäufe vor 8 oder 9 Uhr Abends gemacht werden. Die Hamburger Handlungsgehilfen aber scheinen ihre Rettung von anderswoher zu erhoffen, denn sie erlassen in hiesigen Blättern folgende Erklärung: „Daß wir (die Kolonialwaarenhandlungsgehilfen) keine Sozialdemokraten, sondern Gegner derselben sind, und mit den Vorgängen in Berlin und Königsberg nichts gemein haben.“ Bravo Jungen, die anstatt mit ihren Berliner und Königsberger Kollegen Hand in Hand zu gehen, sich in orientativer Weise von denselben los sagen. Daß sie sich durch diese Erklärung die Sympathie des größten Theiles der Hamburger Bevölkerung sofort verschaffen, ist selbstverständlich.

Für die Ringstein-Linie trafen wiederum eine größere Anzahl von Chinesen in Hamburg ein, schon die dritte Sendung! Ebenso kam hier ein Trupp Kroneger an, welche auf den Woermann'schen Dampfern verwendet werden sollen. Letztere inflatirte man bei Anfunft im hiesigen Seemannshause, doch opponirten die dort logirenden deutschen Seeleute derart, daß man unsere schwarzen Landsleute aus Kamerun wieder ausquartirten mußte. Sowohl die Chinesen, wie die Kroneger sollen als Heizer und Kohlenleute Verwendung finden. Nach und nach werden die deutschen Arbeitskräfte auf diesen Dampferlinien für gewisse Arbeiten wohl ganz verdrängt werden.

Man, ich will keine Sektion in Montsou gründen, um deren Sekretär zu werden.

Der Andere wollte ihn unterbrechen, aber er setzte hinzu:

„Sei doch aufrichtig! Dir liegt an der Internationale nicht so viel! Du willst nur Eins: an unserer Spitze stehen.“

Stephan war bleich geworden. „Es ist gut“, gab er zurück. „Ich glaube, ich habe mir nichts vorzuwerfen. Wenn ich Dich bisher feis um Rath gefragt, war es, weil Du lange vor mir hier gekämpft hast; aber da Du Niemanden neben Dir vertragen kannst, so muß ich fortan allein handeln. . . Und zunächst theile ich Dir mit, daß unsere Versammlung stattfinden wird, selbst wenn Pluchart nicht kommt, und daß die Kameraden dem Verbande beitreten werden, ob Du willst oder nicht.“

„Oho, das werden wir sehen! Du mußt sie zuerst bestimmen, ihren Beitrag zu zahlen!“

„Keineswegs! Die Internationale stundet den Streikenden die Beiträge, das wird später geordnet; sie aber kommt uns sofort zu Hilfe.“

Jetzt wurde Raffeneur zornig:

„Wohlan, auch ich bin in Deiner Versammlung und ich werde reden, verlaß Dich darauf! Ich gebe nicht zu, daß Du den Freunden den Kopf verdrehst; ich will sie über ihre wahren Interessen aufklären, und es wird sich zeigen, wenn sie folgen, mir, den sie seit dreißig Jahren kennen, oder Dir, der Du in kaum einem Jahre Alles bei uns auf den Kopf gestellt hast.“

Er verließ den Saal, indem er die Thür hinter sich ins Schloß warf. Die Blumenguirlanden zitterten am Wafond und die Namenschilder der Heiligen klappten an die Mauer; dann war's still. Souvarine sah noch rauchend auf seinem Platze. Stephan ging nachdenklich ein paarmal auf und ab; endlich machte er sich Luft; War es seine Schuld, wenn ihm dieser dickbauchige Nichtsthuer in den Weg lief? Hatte er seine Popularität erstrebt? Gewiß nicht! Er wußte nicht einmal, wie er zu der Freundschaft des ganzen Dorfes, zum Vertrauen aller Kameraden und zu der Macht gekommen war, die er jetzt über sie hatte. Und ihn klagt man an,

daß er sie in die Klemme reiten will! Er schlug sich auf die Brust und betheuerte laut, er sei für Brüderlichkeit und Gleichheit Aller unter einander; dann blieb er plötzlich vor Souvarine stehen und rief:

„Siehst Du, wenn ich ahnte, daß ich den Kameraden nur einen Blutstropfen kosten könnte, ich wanderte sofort nach Amerika aus!“

Der Russe zuckte die Achseln und von Neuem kräufelte ein Lächeln seine Lippen:

„O Blut!“ küßte er. „Was mach's? Die Erde braucht Blut!“

Stephan nahm einen Stuhl und setzte sich ihm gegenüber an die andere Seite des Tisches. Dieses bleiche Gesicht, diese träumerisch blickenden Augen, in denen zeitweise ein rothes Licht blitzte, machten ihn unruhig und unsicher und lähmten in seltsamer Weise seine Willenskraft und sein Selbstbewußtsein.

„Sag“ fragte er, „was würdest Du an meiner Stelle thun? Hab' ich nicht Recht, daß ich handeln will? Ist es nicht das Beste, wenn wir dem Verbande beitreten?“

Souvarine blies langsam den Rauch seiner Zigarette in die Luft, dann antwortete er mit seinem Lieblingsworte:

„Dummheiten! . . . Aber macht nichts, inzwischen ist es immer das. . . Uebrigens, die Internationale wird bald vorwärts kommen, denn Er nimmt sich der Sache an.“

„Wer?“

„Er!“

Es lag wie religiöse Verehrung in diesem halbblau gesprochenen Worte, dabei deutete der Russe nach Osten: Er sprach von dem Meister Watunin.

„Er allein kann den entscheidenden Schlag führen“, fuhr er fort, „all die Gelehrten mit ihrer Selbstentwicklung sind Feiglinge. . . Bevor drei Jahre vergehen, wird die Internationale unter seiner Führung die alte Welt vernichten.“

Stephan wurde aufmerksam. Er hätte sich so gerne unterrichtet, hätte so gerne die Lehre von der allgemeinen Beförderung verstanden, über welche Souvarine nur seltene

Liebermann von Sonnenberg, der Judenfreier, gab am letzten Freitage auf Altonaer Gebiet eine antisemitische Vorstellung vor ungefähr 400-500 Personen. Der Zutritt war nur gegen besondere Einlastarten gestattet. Der Erfolg war in dem gewählten Kreise ein überaus beiderer. Einige bescheidene Opponenten wurden an die Luft gesetzt, weiter hatte die Sache keinen Zweck. Der Reichstagswahlfonds der Antisemiten in Hamburg beträgt schon - 200 M.! Sehr opferfreudig und fähig scheinen die Leute nicht zu sein.

### Oesterreich-Ungarn.

Die wüthenden Reden im böhmischen Landtage haben auch die Aufmerksamkeit der Ungarn auf sich gezogen. Bekanntlich möchten die Jungtschechen mit einem Schlage die österreichische Verfassung zerhacken, um auf ihren Trümmern sich ein böhmisches Heim zu errichten. Die Altschechen sind von nicht so heftigem Naturell; sie ziehen es vor, die Verfassung so ungeschädigt, als das tschechische „Staatsrecht“ einen Platz in ihr finden kann. Alle Tschechen aber, ob Alt oder Jung, bekennen sich offen zu diesem Staatsrecht, sie verlangen einen Staat Böhmen im Staate Oesterreich.

Welche Stellung die Wiener Regierung gegenüber diesen Wünschen einnimmt, ist nicht recht offenkundig. Die Offiziosen polemischen zwar gegen die Tschechen, aber Niemand giebt etwas darauf. Es ist nicht unmöglich, daß Graf Taaffe, der österreichische Bismarck, um die Position Rieger's zu stärken, sich zu Konzessionen bereit erklärt und insbesondere die Krönung bewilligt. Das wäre der erste Schritt, der zweifelsohne zur Anerkennung des böhmischen Staatsrechts und zur Schaffung eines eigenen tschechischen Staates führen müßte. Denn bisher haben alle von der Regierung gemachten Zugeständnisse nicht den Appetit der Slaven zu stillen vermocht.

Sehr ernst betrachtet man dagegen die Angelegenheiten in Budapest. In der Anerkennung des böhmischen Staatsrechts würde man dort ein den Ausgleich verletzendes Ereignis erblicken. Ein der ungarischen Regierung sehr nahe stehendes Blatt führt aus, daß Ungarn kein Recht habe, Oesterreich daran zu verhindern, daß es sich zum Spielball der autonomistischen Parteien machen lasse. „Aber“ - so fährt es fort - „wir sind darauf bedacht, daß wir unser eigenes Staatsrecht, unsere eigene Verfassung und den Frieden unseres eigenen Landes gegen die Rückwirkungen des österreichischen Umsturzes sicherstellen. Werden drüber jene Bedingungen verlegt und hinfallig gemacht, welche die Voraussetzung unseres staatsrechtlichen Ausgleiches sind, ziehen wir uns einfach auf uns selbst zurück und wir haben dann mit Oesterreich nichts Gemeinsames, als die Person des Herrschers. Dazu berechtigt uns nicht bloß der Geist, sondern auch der Buchstabe des staatsrechtlichen Paktes, und es ist überflüssig, die betreffenden Gesetzesstellen ausdrücklich anzuführen, sie sind Jedermann geläufig.“

Es unterliegt in der That kaum einem Zweifel, daß die Ungarn, wenn die tschechischen Pläne sich verwirklichen sollten, ihrerseits aus einer solchen Veränderung Vortheile zu ziehen suchen würden. Der Ausgleich ist geschlossen von Ungarn mit einem einzigen Oesterreich; ob in diesem einzigen Oesterreich die Slaven oder die Deutschen die Oberhand haben, das kann den Magyaren schließlich gleichgültig sein. Wenn aber Oesterreich in eine lose Gruppe von föderativstaaten zerfällt, so hebt Ungarn die Grundlagen des Ausgleichs angetastet. Mit Recht: der Ausgleich kann nur einen Kaiser von Oesterreich und einen König von Ungarn, ein König von Böhmen kann nicht einfach in ihn hinein geschmuggelt werden.

Schließlich wird dann wohl auch an dem Widerspruche der Ungarn die tschechische Aktion scheitern. Graf Taaffe würde sich zweifellos zur Anerkennung des Staatsrechtes drängen lassen, wenn ihm die Magyaren nicht einen Niegel vorschoben. In einem Konflikt mit Ungarn kann er es eben nicht anerkennen, ein solcher würde seiner Herrlichkeit ein jähes Ende bereiten.

Wir sehen aus dieser Darstellung, daß auch in Oesterreich der Umsturz der bestehenden Ordnung geplant wird; es geschieht in der Weise, daß man einen böhmischen König haben möchte. Ein Sozialistengesetz gegen Königsmacherei wird wohl unnöthig sein.

### Belgien.

Ueber die Schuld des flüchtigen Ministerialbeamten Dece besteht heute kein Zweifel mehr, alle seine Angaben über die hohe Person, auf deren Veranlassung er belgische Staatspapiere dem Spizel De Mondion überlassen, sind nichts als Fiktionen. Nieter hat zu hohen Preisen Staatspapiere gekauft und alles Geld vergeudet. Man ist nur durch einen Fall dahinter gekommen. Der erst 36 Jahre alte Nieter kam einen belgischen Journalisten im Jahre 1887 damit betraut, für das Ministerium eine Reise nach Deutschland zu machen, die daselbst getroffenen militärischen Maßnahmen und besonders die strategischen Arbeiten im Bahnhofe Dalheim zu studiren. Der von diesem Journalisten Herrn Nieter abgeleitete Bericht erschien zu dessen großem Erstaunen in der „Neuen Revue“

und dunkle Worte fallen ließ, als wenn er das Beste für sich behalte.

„Aber so sag' mir doch, was wollt Ihr thun?“

„Alles vernichten!“ . . . Keine Nation mehr, keine Regierung, kein Eigenthum, kein Gott, keine Religion.“

„Ich höre wohl, aber wohin führt Euch das?“

„Zur primitiven, formlosen Kommune, zu einer neuen Welt, zum wieder von vorne anfangen!“

„Und die Mittel, wie wollt Ihr dahin gelangen?“

„Durch Feuer, Gift, Dolch. Der Räuber ist der wahre Held, der echte Volksträger, der wirklich handelnde Revolutionärsmann, der keine aus Büchern gelernte Redensarten braucht. Eine Reihe entsetzlicher Attentate muß die Mächtigen erschrecken und muß die Völker wach machen!“

Souvarine wurde furchtbar, indem er so sprach:

in Erstaue erhob er sich von seinem Stuhle: ein mystischer Leuchten brach aus seinen Augen, und seine feine Hand krallte sich in die Kante des Tisches, als wolle sie ihn zerbrechen.

Furchtergriffen blickte Stephan ihn an. Er erinnerte sich an die Bekenntnisse, welche sein Freund ihm hier und da gemacht von einer Mine unter dem Palaste des Jaren; von einem Kampfe mit der Polizei, welche sie mit ihren Messern niedergeschlagen hatten, wie die Eber, und von seiner Raitresse, der einzigen Frau, welche er geliebt, wie sie an einem Morgen in Moskau gefängt worden, während er, in der Menge versteckt, sie mit einem letzten grüßenden Blick geliebt.

„Nein! nein!“ küßte Stephan bewegt, mit einem raschen Armbeuge diese Schreckbilder verschleichend, „weit sind wir noch nicht bei uns! Nord, Brand - niemals, das ist entsetzlich, das ist ungerecht, es würden sich Alle dagegen auflehnen!“

Auch verstand er immer noch nicht diese düstere Lehre von der allgemeinen Vernichtung, die alles Bestehende vom Erdboden fegen will, wie wenn die Sense über ein Roggenfeld mäht. Was sollte nachher kommen? Wie sollten neuere bessere Völker entstehen?

„So sag' mir doch Dein Programm“, bat er, „möchten doch wissen, wohin Ihr uns führen wollt?“

Aber Souvarine, der wieder seine Zigarette ergrieff

Adam vor Kurzem; er gab hiernon dem Untersuchungsrichter  
... und so kam Nieters Verbindung mit Frau Adam  
... Die einstweilige Amtsentsetzung Nieters wurde in  
... fürmischen Sitzung des Ministerraths beschloffen. Dieser  
... Vertrauensmann der Minister hat kürzlich seinem  
... dem Fürsten von Chimay und dem Gohäer Kalender  
... einen argen Streich gespielt. Er war es, welcher dem  
... Kalender auf einem Briefbogen des Fürsten  
... Chimay die angebliche Verlobung der Prinzessin von  
... mit dem belgischen Maler Herrn Emil Wauters an-  
... Das Nieters sehr bedeutende Geldsummen von dem  
... Unternehmern, welcher die Raabbesetzungen er-  
... erhalten hat, hat er selbst eingestanden, über die von  
... dafür geleisteten Dienste schwebt noch ein gewisses Dunkel.  
... ist, in welcher Weise er dem französischen Unter-  
... gute belgische Arbeitskräfte verschafft hat. Nieters  
... ihm dem Erzbischof von Mecheln als einen „sehr  
... Mann“, welcher vor Allem „wohlgefinnt“ Arbeiter  
... Die. Der Erzbischof ging auf Nieters Anträge ein und  
... im Vereine mit den anderen Bischöfen, daß zahlreiche  
... dem Unternehmer zur Verfügung gestellt wurden,  
... mußte der Unternehmer sich verpflichten, für die wohn-  
... Arbeiter einen eigenen Seelforger auf seine Kosten  
... zu stellen.

**Amerika.**

Über die letzten Stunden des Kaiserreichs in Brasilien  
... sehr verschiedene Darstellungen verbreitet, doch dürfte  
... so ziemlich den Thatfachen entsprechen. General da  
... hat in der letzten Zeit häufig die Offiziere der Garni-  
... von Rio de Janeiro bei sich empfangen und dieselben  
... hingewiesen, daß an eine Erhöhung ihres färglichen  
... so lange nicht zu denken sei, als die Zivilisten einen  
... großen Theil der Staatseinnahmen verschlingen. Ähnliche  
... führten dann die Offiziere in den Kasernen. Der  
... Minister Duro Preto soll angeführt der erkannten Ge-  
... dem Kaiser eine Erhöhung der Gehälter der Offiziere in  
... Hauptstadt vorgeschlagen und Dom Pedro sich damit ein-  
... erklärt haben, jedoch unter der Bedingung, daß  
... Garnison gewechselt werde. Das hielt Duro  
... jedoch für unmöglich und so geschah nichts. In  
... vom Freitag auf Sonnabend vertheilte General da  
... Truppen in der ganzen Stadt, damit dieselben im  
... eines Widerstandes gegen die geplante Proklamirung der  
... Hilfe leisten konnten. Es ist aber bekanntlich kein  
... geleistet worden. Sobald die Führer der Bewe-  
... der Situation waren, begaben sich die Mitglieder  
... Regierung unter einer starken Eskorte nach  
... Petropolis. Die dortige kaiserliche Residenz wurde von  
... umstellt und die Delegirten theilten Dom Pedro  
... was vorgefallen sei. Die Kaiserin, die Kronprinzessin  
... dem Gemahl und ihren drei Kindern sollen dieser  
... beigewohnt haben. „Ihre Abdankung“ soll  
... da Fonseca zum Kaiser gelangt haben, „wird  
... Ihre Beweise Ihrer Liebe für Brasilien sein.  
... Regierung verspricht Ihnen, nicht nur Ihre Person  
... und Ihre ganze Familie zu respektiren, sondern sie verpflichtet  
... Ihnen all Ihr Eigentum zu belassen und Ihnen  
... fortzusetzen, sowie 13 Millionen als Reisetosten  
... unter der Bedingung, daß Sie sofort nach Europa  
... Der Kaiser wies dies Anerbieten zurück und erklärte,  
... der Gewalt weichen zu wollen. Darauf wurden der Kaiser  
... seine Familie, nachdem man ihnen eine Stunde Zeit ge-  
... hatte, als Gefangene unter starker Eskorte nach  
... de Janeiro gebracht. Dort, im kaiserlichen Palaste,  
... dem Kaiser die in Petropolis gemachten Vor-  
... nochmals vorgelegt, allein Dom Pedro II. an-  
... auch diesmal, daß er nur der Gewalt weichen  
... Am Sonnabend Abend wurde ihm dann mitgetheilt,  
... sich mit seiner Familie zur Abreise am nächsten  
... auf einem Kriegsschiffe vorzubereiten habe. Gleich-  
... wurden die früheren Verpflegungen wiederholt. Der  
... Kommandant des Kriegsschiffes erhielt veriegelte  
... es erst auf offenem Meere öffnen sollte. Am  
... Morgen um 3 Uhr begab sich die kaiserliche Familie  
... des brasilianischen Kanonenbootes „Barnabha“,  
... noch die kaiserliche Platte führte. Auf der Rebe-  
... die Verbannenen von dem Kriegsschiffe auf den Dampfer  
... „Anacoreto“ und dem Kanonenboot „Barnabha“, am  
... mittags nach Lissabon in See stach. Der Kaiser und seine  
... müssen sich in ein dauerndes Exil begeben, da ihre  
... von Brasilien von den Führern der Republik als  
... für den Frieden und das Wohlergehen der neuen Re-  
... betrachtet wird. Vor seiner Abreise soll Dom Pedro gesagt  
... haben: „Ich beuge mich den Thatfachen und beie für das  
... des Landes.“ Die Kronprinzessin und Graf von hätten  
... der Revolution sich widersetzen wollen, der Kaiser aber  
... sich entschieden, ihr zu weichen, um Blutvergießen zu ver-  
... Die kaiserliche Familie wird am 3. Dezember in  
... Lissabon erwartet. Die erste Depesche der neuen Regierung  
... an die Minister des Aeußern Quinto Bocayuya an seinen

Freund, Baron Andrade, den brasilianischen Gesandten in  
Lissabon; er theilte demselben die Ausrufung der Republik mit  
und bat ihn, diese Nachricht allen brasilianischen Gesandtschaften  
in Europa zu übermitteln. Am betrübtesten wird man über  
dieselbe wohl im Vatikan gewesen sein, denn die Kronprin-  
zessin Isabella hat ja noch im vorigen Jahre als Regentin die  
dergoldene erhalten, dieselbe Auszeichnung, welche von Pius IX.  
zu gleichfalls durch eine Revolution vertriebenen Isabella von  
Spanien verliehen worden ist.

**Elberfelder Sozialistenprozess.**

**3. Tag der Verhandlung.**

Das Verhör der Angeklagten dauert fort.  
Hugo Schumacher: Das „Gedenblatt“ habe ich  
nicht verbreitet. An Wendt habe ich nur das „Philadelphia  
Tageblatt“ zum Lesen gegeben, ein oder zwei Nummern. Die  
bei mir gefundenen Schriften habe ich schon seit fünf Jahren;  
ich habe sie gekauft. Die vorgefundene Liste kenne ich nicht;  
ich weiß nicht, ob ich sie besessen habe. Ueber die Bedeutung  
des Zettels kann ich keinen Aufschluß geben. Die auf der  
Liste aufgeführten Personen sind Abonnenten der „Volks-  
bibliothek“.  
Sachse: Ich bekam die „Volksbibliothek“; das Geld  
habe ich an Schumacher abgeliefert. Wie viel ich im  
Ganzen Exemplare gehabt, kann ich mich nicht mehr erinnern.  
Hugo Schumacher: Ueber die Liste kann ich keine  
Auskunft geben.  
v. Schemm: Den „Sozialdemokrat“ hatte ich früher  
abonnirt, bis das Einzelabonnement vom Reichsgericht als  
strafbar erklärt wurde. Von Waderhagen aus Hensburg habe  
ich nie ein Paket erhalten. Ich als Schneider habe oft Muster-  
sendungen erhalten, aber von Waderhagen nie.  
Stürmer: An geheimen Versammlungen betheiligte  
ich mich nicht. Für den Hasencleverfonds habe ich gesammelt.  
Thielmann: Ich verweigere jede Auskunft.  
Tracht: Für den Hasencleverfonds habe ich gesammelt  
und das Geld an Thielmann abgeliefert. An geheimen Ver-  
sammlungen habe ich mich nicht betheiligt. Ein Konzert habe  
ich veranstaltet und den Ueberichuß dem Hasencleverfonds über-  
wiesen.  
Ullenaubaum jun.: Bei Stehr verlehre ich, weil man  
dort immer intelligente Leute trifft. Den Kongreßortreter  
Elberfelds kenne ich nicht; erst gestern habe ich davon gehört.  
Mohrhenne kenne ich. Die Anklage gegen Leporius habe ich  
dem Harm erzählt. Die eine Nummer des „Soz.“ erhielt ich  
durch die Post, jedenfalls von einem Nichtgentleman.  
Abonnirt hatte ich nicht. Der Postkempel war Elberfeld. Das  
„Gedenblatt“ kenne ich nicht; ich habe es nicht verbreitet.  
Weiß: Ich kann nicht bestimmt angeben, ob ich vor  
zwei Jahren ein bestimmtes Paket erhalten habe.  
Beuster: Den „Sozialdemokrat“ habe ich nicht ver-  
breitet. Das „Landsturmlied“ habe ich jedoch verbreitet. Die  
„Rathschläge für das politische Leben“ habe ich zugesandt er-  
halten.  
Wilden: Etwa zehn Flugblätter habe ich von einem  
Unbekannten erhalten und an meine Freunde gegeben mit der  
Bitte, sie an ihre Brüder oder Freunde weiter zu geben.  
Wille: Die „Winkler“ wurden mir zugesandt. Schieds-  
richter war ich nicht, nur vorgeschlagen. Bei Bebel habe ich ein  
Schiedsgericht in der Sache Mohrhenne gegen Schumacher bean-  
tragt, um den Streit aus der Welt zu schaffen. Ueber weitere  
Schreiben kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich war Krankenkassen-  
Kassirer und wir, der Vorstand, ließen Listen anfertigen. Nur  
in Krankenkassenangelegenheiten habe ich mit Lehmann ver-  
kehrt. Ob das „R.“ Kaiser oder Kallenberg oder etwas  
Anderes bedeutet, weiß ich nicht mehr. Es handelte sich um  
Krankenkassenangelegenheiten. Mit Kaiser habe ich nie in Ver-  
bindung gestanden und nicht an ihn geschrieben.  
Winkler: Die bei mir gefundenen Schriften habe ich  
von dem ausgewanderten Frey und Garding erhalten. Ge-  
heime Versammlungen wurden bei mir nicht abgehalten. Mit  
Langohr habe ich nur über eine öffentliche Schneiderversamm-  
lung gesprochen. Hüttenberger und Gustav Fink waren nie  
bei mir. Als ich bei Neumann war, wußte ich nichts von der  
Flugblattverbreitung. „An die Wähler Deutschlands“, konnte  
mich auch nicht daran betheiligen, weil ich noch keine Lokal-  
kenntnisse habe. Das „Gedenblatt“ habe ich nicht verbreitet.  
Ich bekam die Reichstagsberichte auf der Strahe von einem  
Bekanntem, was ein Polizeibeamter sah. Ich warf sie —  
nur ein Exemplar — in die Wupper. Nur sieben Exemplare  
des „Gedenblattes“ wurden bei mir gefunden, im Maschinen-  
kasten. Ausgetheilt habe ich das Blatt nicht.  
Winterberg: Am Kongreß zu Witten habe ich nicht  
Theil genommen. Den „Soz.“ habe ich erhalten, aber nicht ver-  
breitet. Das Geld habe ich direkt nach Zürich gesandt,  
möglich, daß es an eine Dedadresse war. An der Grün-  
dung der „Fr. Pr.“ habe ich mich nicht betheiligt. Als  
bekanntes Sozialdemokrat wurde ich von Gille in  
seiner Wohnung eingeladen. Unsere Beratungen  
erstreckten sich nur darauf, daß für Abonnenten gesorgt werde.  
Damit ist das Verhör beendet und es wird in die Be-  
weisnahme eingetreten.  
Der Präsident gibt nach der Anklage eine Darstellung  
der Entstehung des „Sozialdemokrat“.  
Die Vertheidigung protestirt gegen die Vorlegung von Ab-  
schriften. Wenn die Polizei die Originale nicht herausgeben  
wolle, könnten sie nicht anerkannt werden.  
Aus dem „Sozialdemokrat“ (Probenummer) wird ein  
Auszug verlesen, der zum Abonnement einladet.  
Es folgt dann die Verlesung eines Leitartikels des  
„Sozialdemokrat“ über die Organisation der Sozialdemokratie.  
Bebel: Es wird kaum nothwendig sein, die ganzen  
Artikel zu verlesen. Der Staatsanwaltschaft wird es genügen,  
wenn die betreffenden Stellen verlesen werden. Ich werde  
dann die Verlesung der entlastenden Stellen beantragen. In  
dem verlesenen Artikel ist nur eine Stelle von Wichtigkeit.  
Im ersten Artikel ist von einer Organisation keine Rede; es  
ist nur ein Programm der Redaktion. Von Wichtigkeit ist  
daß das Blatt in der Schweiz von Schweizern gegründet  
wurde.  
Der Staatsanwalt: Ich kann nicht auf die Ver-  
lesung der Artikel verzichten, da sie für die historische  
Entwicklung der Partei und des Blattes wichtig sind.  
Die Vertheidigung schlägt sich dem Antrage Bebel's  
an, da die Verlesung 2-3 Wochen dauern würde. Wenigstens  
sollten die Angeklagten, welche die Verlesung nicht hören wollen,  
dispensirt werden.  
Bebel: Ich ging nicht so weit, wie die Vertheidigung.  
Der Präsident: Im Interesse der Angeklagten muß  
ich auch die entlastenden Stellen verlesen lassen.  
Die Vertheidigung zieht ihren Antrag zurück.  
Es wird ein weiterer Artikel des „Soz.“ verlesen, welcher  
die Verlesung des Briefgeheimnisses bespricht und Vorsichts-  
maßregeln empfiehlt, wie Verdunkelung des Briefinhalts,  
Chiffrenschrift, Zwischenadressen und Vernichtung der Briefe  
nach Kenntnißnahme.  
Aus Nr. 4 des „Soz.“ von 1879 wird nur die Schlusstelle  
eines Artikels verlesen.  
Bebel erucht um Vorlesung einer andern Stelle.  
Dem Ersuchen wird stattgegeben. Die Stelle spricht von  
einem geistigen Band, welches die Genossen vereine.  
Bebel: Der Ausruf ist von sämtlichen damaligen Ab-  
geordneten unterschrieben. Es wird von einem geistigen Bande  
gesprochen.

Es folgt die Verlesung eines weiteren Artikels, welcher zur  
Sammlung von Beiträgen für die Familien der Ausgewiesenen,  
Inhaftirten und Gemahrgestellten auffordert.  
Bebel: Es wurde zu Sammlungen, die nicht verboten sind  
aufgefordert. Die Bemerkung am Schluß, man möge sich an  
die Redaktion des „Sozialdemokrat“ wenden, war überflüssig.  
Ich und meine Leipziger Freunde besaßen alle Adressen be-  
kannter Parteigenossen und wendeten uns an sie.  
Der Staatsanwalt: Ueberflüssig mag diese Be-  
merkung allerdings sein, sie ist aber da und im „Sozialdemo-  
krat“ wird über Beiträge quittirt.  
Aus Nr. 6 des „Sozialdemokrat“ wird ein Artikel ver-  
lesen, welcher das Abonnement als nicht strafbar bezeichnet,  
aber Vorsichtsmaßregeln empfiehlt und über das Verhalten vor  
den Behörden spricht. Auskunft werde von der Redaktion  
ertheilt.  
Bebel bittet den in der gleichen Nummer enthaltenen  
Altonaer Richterspruch zu verlesen, da bis zur Entscheidung  
des Reichsgericht auch gemeinschaftliches Abonnement von den  
Gerichten als strafbar erachtet wurde.  
Grimpe: Der Präsident hat öfters bemerkt, daß es  
unzulässig sei, daß verschiedene Angeklagte den „Sozial-  
demokrat“ von einem Unbekannten erhalten haben. Aus dem  
Artikel geht hervor, daß dies sehr wohl der Fall sein kann.  
Der Altonaer Richterspruch wird verlesen, ebenso aus  
Nr. 8 des „Soz.“ eine Quittung über eingegangene Beiträge  
zum Unterstützungsafonds.  
Bebel: Wo keine Bemerkung bei den Beiträgen ist,  
sind die Gelder direkt an uns (die Fraktionsmitglieder) ein-  
gegangen. Die direkt an den „Soz.“ gesandten Beträge sind  
als solche bezeichnet, alles Uebrige ist an Fraktionsmitglieder  
gekommen.  
Aus Nr. 13 wird eine weitere Quittung verlesen, monach  
alles in Deutschland eingegangen ist.  
Bebel: Mit dem Flugchriften- und Archivfonds hatten  
wir nie zu thun.  
Es wird eine Abonnementseinladung des „Soz.“ verlesen,  
worin gesagt wird, daß später der „Soz.“ eine Einnahmequelle  
für die Partei werden solle. Man möge sich wegen des  
Abonnements an bekannte Parteigenossen wenden; Unbekannte  
möchten ihre Parteigehörigkeit durch die Gegenzeichnung eines  
Vertrauensmannes beweisen.  
Bebel: Der „Soz.“ kann nach der Erklärung der Re-  
daktion nur beim Verlag oder dessen Agenten bestellt werden.  
Es sind 1887 vier Quittungen im „Soz.“ erschienen, monach  
dessen Verlag Geld nach Deutschland sandte.  
Der Staatsanwalt fragt Bebel, wie es mit der  
Gegenzeichnung der Vertrauensmänner stehe.  
Bebel: Die Parteivertretung hatte nie etwas mit den  
Abonnements-Einladungen zu thun. Die Verwaltung des  
„Soz.“ sucht natürlich Leute, die den „Soz.“ verbreiten;  
Lehtere haben materiellen Gewinn. Bekannte Sozialdemokraten  
damit zu betrauen, wäre eine Dummheit. Vertrauensmänner  
sind für mich alle nur als Parteigenossen Bekannte. Motteler  
ist ein alter Parteigenosse; Derossi hatte große Verbindungen  
und Personenkenntniß. Vertrauensmann ist kein technischer  
Begriff. Die Namen der „Zürcher Vertrauensleute“ kenne ich  
nicht; vermuthlich ist es die Expedition. Bei einer Nachwahl  
in Berlin hat die Polizei eine Versammlung der Vertrauens-  
männer genehmigt.  
Der Staatsanwalt: Mohrhenne schrieb an Sie, Ab-  
geordneter Bebel, von einem Vertrauensmann für Elberfeld.  
Bebel: Ich kannte den angeblichen Vertrauensmann gar  
nicht; ich weiß nicht, ob er vielleicht gewählt ist. Welche  
Methode die Expedition anwendet, um Vertrauensmänner zu  
erhalten, ist mir unbekannt; jedenfalls wird sie noch unbekannt  
Genossen nehmen. Wir aber wenden uns an bekannte Leute,  
die öffentlich wirken.  
Die Vertheidigung macht geltend, daß alle politi-  
schen Parteien eine Organisation wie die Sozialdemokratie  
haben. Der Staatsanwalt verwechselt Partei mit Ver-  
bindung.  
Aus Nr. 5 des „Sozialdemokrat“ von 1888 wird ein  
Auszug zu Sammlungen für den Wahlfonds verlesen. In  
Nummer 8 und 9 wird über Beiträge quittirt, die beim „Soz.“  
eingegangen sind. Auf die Verlesung von „Stiebers Verdruß“  
in Nr. 1-5 wird verzichtet.  
Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.  
Aus Nr. 2 des „Soz.“ von 1880 wird ein Artikel ver-  
lesen, der Schriften empfiehlt und Rabatt verspricht. Aus  
Nr. 7 wird ein Artikel „Organisirte Euch!“ verlesen, welcher  
von der Einrichtung einer „Sozialdemokratischen Feldpost“  
spricht.  
Bebel: Der Artikel ist in der Redaktion des „Soz.“  
geschrieben worden. In der gleichen Nummer ist ein Artikel  
von mir enthalten.  
Einer der Angeklagten wünscht lautere Verlesung.  
Die Vertheidigung bittet, bei jedem Artikel zu konstatiren,  
ob er unterzeichnet sei.  
Aus Nr. 9 des „Soz.“ kommt der Artikel „An die Partei-  
genossen“ zur Verlesung, der die Verlängerung des Sozia-  
listengesetzes bespricht und für energische Parteilichkeit  
eintritt. Ein Flugchriftenfonds sei gegründet worden, um  
Flugchriften unentgeltlich ausgeben zu können; freiwillige Bei-  
träge werden erbeten.  
Bebel: In der gleichen Nummer ist eine Quittung  
über eingegangene Beiträge zum Flugchriftenfonds enthalten.  
Ich konstatire, daß der verlesene Artikel von der Redaktion  
des „Sozialdemokrat“ geschrieben worden; die Unterschrift  
„Deutschland“ ist falsch. Dieser Fonds ist im Jahre 1881 wieder  
eingegangen.  
Aus Nr. 20 des „Sozialdemokrat“ von 1880 wird ein Ar-  
tikel verlesen, der den Wübener Kongreß betrifft.  
Bebel: Die Einladung zum Kongreß geschah auf Ver-  
anlassung der damaligen Reichstagsfraktion.  
Aus Nr. 25 wird ein Ausruf für den Wübener Kongreß  
verlesen, worin angezeigt wird, daß die Einladungen brieflich  
erfolgten. Aus Nr. 28 wird ein Artikel verlesen, worin Most  
und Casselmann zum Kongreß eingeladen werden. In der  
gleichen Nummer ist eine Mittheilung über die Unterstützung  
Ausgewiesener enthalten.  
Bebel: Der Artikel ist von den in Leipzig wohnenden  
Fraktionsmitgliedern veranlaßt.  
Aus Nr. 33 des „Sozialdemokrat“ wird ein Artikel ver-  
lesen.  
Bebel: In dem ganzen Artikel ist von einer Organi-  
sation ist keine Rede.  
Der Schlußsatz eines Artikels aus Nr. 35 wird verlesen.  
Nr. 29 von 1880 enthält einen Artikel, der zur Propaganda  
in der Kaserne auffordert.  
Bebel: Ich weiß nicht, was dieser Artikel mit einer ge-  
heimen Verbindung zu thun haben soll.  
Aus Nr. 35 des „Soz.“ wird ein Artikel verlesen, der  
ebenfalls die Propaganda im Heer macht.  
Der Staatsanwalt: Es soll durch die Verlesung der  
Artikel bewiesen werden, daß im Heer Propaganda gemacht  
werden soll.  
Es wird der Konreßbericht in Nr. 35 bis 37 des „Soz.“  
von 1880 verlesen. (Wübener Kongreß.)  
Die Vertheidigung beantragt, von der Verlesung  
von Zeitungsausschnitten abzusehen, wenn sie nicht von einem der  
Angeklagten herrühren. Es handle sich nicht um den theore-  
tischen Beweis des Bestehens einer geheimen Verbindung,  
sondern um die Zugehörigkeit der Angeklagten zu einer  
solchen.  
Der Staatsanwalt besteht auf der Verlesung der Ver-  
richte.  
Die Vertheidigung bemerkt, daß vom Staats-

(Fortsetzung folgt.)

anwalt die den Abgeordneten Bebel betreffenden Stellen ausgezogen werden sollten, um nur diese zur Verlesung zu bringen.

Der Präsident: Es wird morgen die Verlesung abgeleitet werden.

Bebel: Es ist eine physische Unmöglichkeit, dieser Verlesung folgen zu können. Das Material, das gegen mich vorgebracht wird, ist ganz alt und ich bin deswegen schon zur Verantwortung gezogen, im Freiburger Prozeß, es kann sich also nur darum handeln, was seit 1887 geschehen ist.

Der Staatsanwalt: Auf die Verlesung der Kongreßberichte kann ich nicht verzichten.

Bebel: Es kann sich doch hier nicht darum handeln, zu hören, was die verschiedenen Kongreßteilnehmer gesagt haben. Höchstens kann es sich um die Beschlüsse handeln.

Die Verteidigung beantragt, die Verlesung derjenigen Schriften zu unterlassen, welche vor dem Freiburger Urtheil erschienen und beantragt einen Beschluß des Gerichtshofes.

Der Präsident erklärt, den Beschluß morgen früh mitzutheilen.

In der Verlesung des Kongreßberichtes wird fortgefahren.

Bebel: Die vom W'ydenener Kongreß beschlossene ausländische Verkehrsstelle hat im Ganzen nur ein Jahr bestanden; seit 1882 existirt sie nicht mehr, er konstatiert ferner, daß er nie Anstand genommen, eine Theilnahme am W'ydenener Kongreß und an der Einberufung zuzugeben. Ort und Zeit desselben seien vorher nur geheim gehalten worden, damit er nicht verhindert werden konnte, aber nicht, um eine geheime Verbindung zu gründen. Sobald der Kongreß tagte, haben wir selbst die Berichte veröffentlicht, ohne diese Veröffentlichungen wäre kein Mensch gemährt worden, was beschlossen worden ist. Das ist doch jedenfalls das Gegentheil einer geheimen Verbindung.

Es folgt die Verlesung eines auf den W'ydenener Kongreß bezüglichen Artikels aus Nr. 38 des „Soz.“ von 1880.

Bebel konstatiert, daß der Artikel nicht unterzeichnet sei. Die Verteidigung regt an, daß der Gerichtshof beschließen möge, die Angeklagten auf einige Tage zu entlassen, da sie bei der Verlesung nicht zugegen zu sein brauchen.

Der Präsident: Die Angeklagten sind am allgemeinen Theil alle interessiert, bei der Spezialverhandlung nicht. Um 2 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

### Versammlungen.

Eine Generalversammlung der Puzer füllte am Montag, den 18. d., die Bürgerhalle, Dresdenstraße 95. Herr Max Boginski hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die „Verkürzung der Arbeitszeit“. In der Diskussion sprachen verschiedene Redner im gleichen Sinne und forderten die nicht organisierten Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen. Zur Unterstützung des auf dem internationalen Arbeiterkongresse zu Paris beschlossenen „Achtstundens-Organs“ wurden 100 M. aus dem Generalfonds der Puzer bewilligt. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung erkennt die Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris betreffs der Verkürzung der Arbeitszeit als die einzig richtige an und tritt für die Durchführung derselben in der Weise ein, daß sämtliche Puzer Berlins und Umgegend den 1. Mai 1890 als einen internationalen Rubetag erachten, indem wir an diesem Tage die Bauten meiden und nicht arbeiten.“ Beschlössen wurde noch, die Tabakarbeiter sowie die Bildhauer in ihren jetzt schwebenden Streiks zu unterstützen und der Vertrauensmänner-Kommission der Puzer die Befugnis zu erteilen, solchen freitenden Korporationen sich an zu wenden, sie mit 100 M. zu unterstützen. Man hat sich in dieser Angelegenheit zu wenden an Hermann Neumann, Alvenslebenstraße 8a.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfabriker hielt Sonntag, den 19. ds. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gnab, Brunnenstr. 38, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt hielt Herr Dr. Strauß einen Vortrag über allgemeine Arbeiterhygiene. Zur Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus; jedoch wurde vom Vorsitzenden hervorgehoben, daß in den Fabriken, wo bei elektrischem Licht gearbeitet wird, der Fabrikant verpflichtet sei, Schutzbrillen zu liefern. Der Vorstand würde demnächst die nöthigen Schritte hierzu einleiten. Kollege Spiek wies auf Verkürzung der Arbeitszeit hin. Unter Gewerkschaftliches theilte der Vorsitzende mit, daß die Angelegenheit der C. H. Köhl'schen Fabrik zu Gunsten der Arbeiter entschieden sei, da die Firma das Versprechen gegeben habe, keine weiblichen Arbeiter an der Querböhrmaschine zu beschäftigen. Auch wurde das Ueberstundenarbeiten sehr abfällig kritisiert, da die Fabrikanten einfach bestimmen: Heute wird länger gearbeitet. Derauf wurde erwidert, daß, wenn der allgemeine Lohnsatz zur Durchführung gelange, für jede Ueberstunde 20 Pf. extra zu zahlen sei. Unter Verschiedenem wurden dem Kollegen Günther, welcher bereits

3 Jahre krank darnieder liegt, 10 M. aus der Veranlagungslasse bewilligt. Ebenfalls sollen in sämtlichen Knopf-Fabrik Sammellisten zirkuliren, um dadurch die Noth einigermaßen zu lindern. Sodann theilt der Vorsitzende mit, daß die Stiftungsfest am Sonnabend, den 22. März, bei Oskar Sebastianstr. 39, stattfindet. Ferner würde zu den nächsten Versammlungen ein größerer Saal genommen, da der Saal bei Gnab sich als zu klein erwiesen habe. Nachdem der Vorsitzende 19 neu hinzugegetretene Mitglieder Namens des Vereins willkommen geheißen, schließt die Versammlung.

**Versammlung der Filzschuharbeiter.** Die am Montag, den 18. November, im Zenters Lokal stattgehabte Versammlung der Filzschuharbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend verlief sehr lebhaft. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 9, Uhr und erklärte, da der Referent noch nicht erschienen sei, die Versammlung auf 15 Minuten zu vertagen, hierüber wurde abgestimmt und die Vertagung einstimmig angenommen. Demnach erklärte der überwachende Polizeicommissar, daß die Versammlung für aufgelöst. Mit einem donnernden Hoch verließen die Versammelten das Lokal. Beschwerde wird eingeleigt. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 23. November, selbst statt.

**Volkerversammlung in Friedrichshagen.** Am Sonntag, den 16. d. M., tagte in Friedrichshagen im „Lokalhaus“ eine imposante öffentliche Volksversammlung, welche von 12 bis zum letzten Platz füllte. Das Referat hatte der Rechtsanwalt Arthur Stadthagen übernommen, welcher in fesselnder Weise das Thema: „Un's Vaterland, an's Vaterland, schließ Dich an!“ behandelte. Die Versammlung nahm zum Schluß folgende Resolution einstimmig an: 1. Die demnächstige Volksversammlung erklärt, nur in den Lokalen zu verkehren, welche ihre Säle zu Arbeiterversammlungen hergeben, das Bier in Friedrichshagen Brauerei nicht auszuwählen und auf beiden Arbeiterblätter „Berliner Volksblatt“ und „Volkstribüne“ abonniren. — 2. Die am 16. d. M., im Lokalhaus tagende öffentliche Versammlung erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Stadthagen, anwalt Arthur Stadthagen, einverstanden und verpflichtet sich, dieselbe, in diesem Sinne weiter zu kämpfen und am Sonntag, den 23. November, die Kandidaten der Sozialdemokratie, Arthur Stadthagen, mit allen Kräften einzutreten.

### Theater.

Freitag, den 22. November.  
Spernhaus. Die Zauberflöte.  
Schanzplatz. Die Quisquos.  
Festliches Theater. Faust. 1. Theil.  
Lustig-Theater. Der Fall Clémenceau.  
Berliner Theater. König Lear.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Der Polengraf.  
Kedden-Theater. Schwiegermama.  
Wallner-Theater. Verfolgt! Vorher: Der Herr von Lohengrin.  
Victoria-Theater. Stanley in Afrika.  
Griechenland. Meliboni, ein Heldensohn Griechenlands.  
Schaubühne-Theater. Der Zauberlehrling.  
Königstädtisches Theater. Der Trompeter von Säckingen.  
Zentral-Theater. Heute von heute.  
Adolph-Greif-Theater. Flotte Weiber.  
Sebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**Thalia-Theater,**  
15. Wallnertheaterstraße 15.  
Täglich  
**Theater-**  
und  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Erstes Austr. des Instrumental-Humoristen und Komikers **Bendix jun.**  
Gr. Erfolg d. Liedersängerin **Frl. Condella,** der Duettistin **Kau & Gaf,** des Volks-humoristen **Wilh. Fröbel,** des Frosch-menschen **Vincenzo u. des Zauber künstl. u. Jongleurs Herrn Schellini.**  
Entrée 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

**American-Theater.**  
Dresdenerstr. 55.  
Täglich Vorstellung.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr A.  
**Kaiser-Panorama.**  
Palastinas denkwürdige Stätten.  
III. Cyclus.  
Reise Athen—Konstantinopel.  
VI. Abtheilung: **Pariser Weltausstellung.**  
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

Unserem Freunde u. Genossen, dem Schankwirth **Albert Böhl** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein 1000fach donnerndes Hoch!  
Hoch sollst Du leben und Deine Familie daneben.  
Aber wir wollen nicht vergessen Ein gemütliches Abendessen, sowie 2 Tonnen mit Lagerbier, Albert!!! so wat wünschen wir.  
**Die Bernspitze.**



**Kranzbinderei**  
en gros — en detail,  
auch Blumen-Geschäft, von **Berlin SO., Skalitzerstr. 38,** in der Ecke an der Mantuffel-Straße.  
**J. Meyer,**  
Doppelbügelige Vordererträge von 50 Pf. an. — Kränze, Kreuze etc. mit Blumen und Schleifen. — Große Auswahl. — Magnolia, Aucuba, Neapolit. Kirchlorbeer, Alex u. s. w. — (Zur Todtenfeier ca. 40 verschiedene Sorten vorrätzig). — Mein Geschäft ist vom Laufger-ploß als gut und billig bekannt. — Prämirt auf 18 Gartenbau-Ausstellungen für eigene Einführungen!!  
Zur Anfertigung aller in der Herren-Schneiderei vorkommenden Arbeiten, vorzüglich Reparaturen, empfiehlt sich  
**Gustav Reichert,**  
Oberwasserstr. 12.

**Große Ausstellung!**  
**Lebender Sing- und Schmuckvögel!**  
verbunden mit Verloosung vom 21. bis 26. November cr. in den Räumen **Kommandanten-Straße 10/11, 1. Stage.**  
Geöffnet von Morgens 9 Uhr bis Abends 8 Uhr! Entrée 50 Pf. Per Vorstand.

**Emil Franke**  
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Wasch- und Wring-Maschinen bester Sorte. (Theilzahlung, Reparaturwerkstätte)  
**N., Saarbrückerstrasse 6,** neben Boettcher-Brauerei.

Soeben erschienen:  
**Die Geschichte der Erde.**  
Von **H. Gummeli.**  
**Heft 13.**  
à Heft 20 Pfennige.  
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

**Winter-Paletots und Anzüge**  
für Herren und Knaben,  
einzelne Röcke, Jaquits, Hosen, seidene und Piqué-Westen, Hamburger engl. Ledersachen. Eigene Werkstatt für Maassbestellungen. Deutsche engl. und französische Stoffe und Tuche in großer Auswahl empfiehlt  
**A. Kunitz, Kleidermacher Neue Hochstraße 50, part.**  
für Civil u. Militär.  
Durch Ersparung der Ladenmiete billiger wie jede Konkurrenz.

**Muffen!**  
durch Zufall! spottbillig!  
Pelz-Muffen 1.50, 2, 3 M., Kanin 4 M., Luchs 5, Vison 6, Waschbär 8, Schneehase 6, Dopsium 8, Seehund 9, Schreit-Hase 10 M., Warden 10, Murrell 10, Siber 12, Elstork 12, Krimmer 5—8 M. [591]  
Neuheit! Voss! 6, 8, 10 M. Pelztragen 2, 3, 5, 8 M. Kinder-Pelzgarnturen 1.50 M. Pelz-Baretts Stück 3, 4, 6 M.  
Versandt-Haus: **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. 158. Nach außerhalb gegen Nachnahme!

**Rohtabak** **A. Goldschmidt,** Spandauerstr. 6. [1653] am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl.** Garantiert reiner brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Roh-Tabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6** am Hadeschen Markt.

**Oderbrucher Fett-Gänse**  
auch ausgenommen u. getheilt, pfundweise (viel billiger als anderes Fleisch) Leber, Kiefern und Gänselein, Gänse-pökelfleisch, à Pfd. 60 Pf.; Gänsefleisch geräucherter Gänsebrüste.  
Frische Gansen (auch gepickelt), frisches pfundweise sowie sämtliches Geflügel in größter Auswahl empfindlich billig!  
die Wild- und Geflügel-Handlung von **R. Sasse, Michaelstr. 10/11.**

**Halbfleisch** von 35 und 40 Täg. Lager im Keller.  
**Möbel, Emil Heyn,** Spiegel u. Polsterwaaren Cr. Lager, hül. Preis. Brunnenstr. 28, Hofplatz Theilw. nach Uebernahme eigener Fabrik.

**Circus Renz.**  
Karlsruhe.  
Heute, Freitag, den 22. November 1889, Abends 7 Uhr:  
**Große Komiker-Vorstellung**  
unter Mitwirkung von sämtl. Clowns der Gesellschaft in ihren höchst komischen Entrees und Intermezzen  
Ganz neu arrangirt. Zum 1. Mal:  
**Bacchus und Gambrinus**  
oder: Der Sieg des Champagners.  
Komische Pantomime mit Tänzen und internal. Charakterbildern, arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor **E. Renz.**  
Konkurrenz-Reiten der beiden Jockey-Reiterinnen **Gesaw. Weers.** Königsquadrielle, geritten von 8 Damen und 8 Herren. Horex und Mercur, Fuchshengste, in Freiheit vorgeführt von Herrn **Oskar Renz.** Auftreten der Schulkreiterin **Frl. Guerra.** Die renommierte Künstlerfamilie **Oriatore.**  
Morgen, Sonnabend: **Sala-Vorstellung.** Sonntag: Eine große Extra-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. **E. Renz, Direktor.**

**Circus Busch.**  
Friedrich-Wilhelms-Platz.  
Heute, Freitag, den 22. November 1889: Abends 7 1/2 Uhr: 958  
**Gr. Extra-Clown-Vorstellung.**  
Wer lachen will, muß heute in den Circus Busch kommen.  
1. Mal: **Großes Amateur-Prämienreiten.** 50 Mark demjenigen, der dreimal die Manege lebend umreitet, ohne herunterzufallen. Die **Ganlet-Parodie,** ausgeführt vom Clowm **Tom-Tom.** Clowm **Michael** mit seinem Wunder-schönem Hünchchen. Der **Honograph à la Edison,** vorgeführt vom Clowm **Dick** an s. v. 22 Gungste. **Trombadur,** geritten von Herrn **Esperi.** **Frl. Margerithe** als Jockey. **Maria Doré** als unüberstehliche **Drabschel-Künstlerin.** Sonntag nur 1 Vorstellung. Alles Nähere die Plakate.

**H. Präuscher's anatomisches MUSEUM**  
80/81 Kommandantenstrasse 80/81. Täglich geöffnet für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag Damentag! Entrée 50 Pf. Vereinskarten giltig. 589

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 21. November, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Anträge betreffend den Befähigungsnachweis. Die im Wesentlichen gleichlautenden Anträge der Abgg. Ackermann und Genossen (konf.), sowie Aichhölzer und Genossen (Zentrum) wollen die Vornahme der Prüfung über die Befähigung zu gewissen Gewerben den Innungen übertragen. Dagegen will der Antrag Kardorff, Lohren (Reichspartei) für eine Reihe von Gewerben den Befähigungsnachweis durch die Erbringung eines Innungs-Lehrzeugnisses sowie eines Arbeitszeugnisses über eine dreijährige Arbeitszeit als Gehilfe oder Geselle erbringen lassen. Für Gewerbe, welche bei mangelhaften Betrieben das Leben und die Gesundheit der Mitbürger gefährden, soll eine technische Prüfung vor einer Prüfungsbehörde eintreten.

Abg. Ackermann (konf.) begründet den konservativen Antrag: Es mache ihm und seinen Freunden kein Vergnügen, immer wieder mit diesem Antrage zu kommen, er für seinen Theil habe die Sache gründlich satt. (Heiterkeit.) Es sei ein mühseliges Beginnen, hier noch Gesetzentwürfe vorzuschlagen. Das Recht des Reichstages, dies zu thun, sei nahezu wertlos, wenn so viele hier eingebrachte Initiativanträge unerledigt blieben und höchstens ein einziger Wochentag zu ihrer Erledigung verwendet werde. Es sei Zeit, die Frage zu erwägen, wie das verfassungsmäßige Recht des Reichstages in dieser Beziehung besser gewahrt werden könne. In Bezug auf die Frage des Befähigungsnachweises werde sich heute wieder das alte Frage- und Antwortspiel wiederholen. Die Gründe für und wider seien ja alle schon dagesagt. Um die Innungen, befreit deren er und seine Freunde stets von den Nationalökonomien im Stiche gelassen würden, handle es sich hier nicht, sondern um den Befähigungsnachweis für alle, gleichviel ob Innungs- oder Nicht-Innungs-Handwerker. Falsch sei der Gedanke, daß die Mehrheit der Handwerker den Befähigungsnachweis nicht wolle. Wo sei denn diese Mehrheit? Für die Arbeiter sei gesorgt durch die sozialpolitischen Gesetze, für den Handwerker habe man nichts übrig, er bleibe hilflos. Des Staatswohl erheische jedoch, daß Ehrbarkeit und Fähigkeit im Handwerk erhalten bleiben. Die Zeit werde herankommen, wo der Geheimrats-Liberalismus werde überwunden werden. Auch auf dem diesjährigen Handwerkerkongress in Hamburg sei schließlich der Befähigungsnachweis geberedet worden. Das sei und bleibe auch fern und seiner Freunde ceterum censeo.

Abg. Mehnert (Zentrum) verzichtet ebenso, wie dies der Vorredner gethan, auf eine nochmalige genauere Begründung seines (des Zentrums) Antrages. Neues sei ja doch nicht mehr beizubringen. Seine Freunde wünschten nur, daß die Anträge alle drei Lesungen passiren, die Regierung ihre Stellung dazu kennzeichnen und die in Handwerkerkreisen wahrnehmbare Verwirrung noch vor den Wahlen zerstreut werde. Er bitte deshalb, das Haus möge die konservativen und Zentrums-Anträge annehmen und den Antrag Kardorff, der weder warm noch kalt sei, ablehnen.

Abg. Merbach (Reichsp.) als Mitantragsteller des Kardorff'schen Antrages beschwört denselben. Ein Nothstand im Handwerk sei thatsächlich vorhanden. Das Handwerk habe zwar unter der Gewerbesteuer viel Förderung erfahren, doch gebe es in demselben auch unsaubere Elemente, und namentlich die Korruption der Großindustrie habe manchen Uebelstand herbeigeführt. Ein Befähigungsnachweis für alle Handwerker bedürfe es nicht, um so weniger, als auch das Publikum noch einem so ausgedehnten Schutze nicht verlange. Ein Schutzmacher beispielsweise, der seine Arbeit nicht zu liefern vermöge, könne sehr wohl als selbstständiger Handwerker betreiben und größere und kleinere liefern, ohne daß das Publikum darunter leide. Nöthige man ihm aber den Befähigungsnachweis auf, so müsse derselbe wieder zum Gehilfen herabstufen. Der beste Schutz für das Publikum liege in einer guten Lehre, die er für alle Gewerbe fordere, besonders aber für das Bauhandwerk, diesem für das Leben der Arbeiter selbst wie der Bewohner so wichtigen Gewerbe. Unwürdige Arbeiter könnten da viel Schaden anrichten, ebenso unwürdige Handwerker. Zahnkünstler. Für die Gewerbe sei daher ein Befähigungsnachweis in Gestalt einer vorzunehmenden Prüfung zu wünschen. Was sein Antrag verlange, werde genügen, sowohl um Schutze des Publikums, wie auch im Interesse der Erhaltung eines soliden Handwerks, das namentlich auch ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei.

Abg. Goldschmidt (freil.): Diese Anträge, meine Herren, kommen alljährlich, wie das Schiller'sche Mädchen schön und wunderbar, nur mit dem Unterschiede freilich, daß das feste Wiedererindern dieser Anträge zwar wunderbar, aber nicht gerade schön ist. Wenn Sie über unser Handwerk flogen und vor sein Bilden den Befähigungsnachweis für nöthig halten, so bilden Sie doch auf Frankreich, wo das Handwerk seine große Entwicklung erlitten hat, bei der letzten Ausstellung bewundern hat, und wo kein Mensch, keine Regierung, kein Parlament, keine Handwerker-Gruppe die Wiedererfindung der schon seit Jahrhunderten bestehenden Beschränkungen verlangt. Und glauben Sie wirklich, daß unser Handwerk unthätiger ist, als das französische? Mit nichten. Sie leisten auch unserem Handwerk mit Ihren steten Diminutionen auf dessen Niedergang keinen Dienst. Herr Merbach ergriff für seine Anträge als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Aber dann ziehen Sie doch auch die Konsequenz und geben Sie Ihrem Antrage rückwirkende Kraft. Wenn Sie das thun und verlangen, daß auch die bereits jetzt selbstständigen Meister sich einer Prüfung unterziehen sollen, dann werden Sie von den Unterchriften unter Ihrem Antrage im Lande mit der besten Freude empfangen! Wollen Sie dem Handwerk wirklich helfen, dann geben Sie den Lehrlingen und Gesellen Gelegenheit, sich in Fortbildungsschulen weiter zu bilden. Aber gerade dazu sind am wenigsten die Innungen zu haben. Gerade die Innungsmeister geben ihren Lehrlingen nur ungern freie Zeit zum Fortbildungsschulbesuch. Nur billige Arbeitskräfte suchen die Innungsmeister in ihren Lehrlingen. Die Juristen und Mediziner dürfen Sie hinsichtlich des Befähigungsnachweises nicht mit dem Handwerk in Parallele bringen. Bei den Medizinern liegt ein unabweisbares öffentliches Interesse vor, das fort nicht auch dabei vorhanden ist, ob ein Koch passe oder nicht. Und hinsichtlich der Juristen zeigen doch gar viele Thatsachen, daß auch das Examen nicht immer den guten Juristen macht. Bauten freilich müssen im öffentlichen Interesse solide sein, aber dazu brauchen wir keinen Befähigungsnachweis, sondern dazu haben wir die Baupolizei und die Bauordnungen, und hier in Berlin ist die Bauordnung geradezu von drakonischer Strenge. Bei den leider vorgerückten Jahren der Umstände waren stets gerade geprüfte Bau-

und geprüfte Maurermeister Leiter des betreffenden Baues. Die Prüfung hat also solche Unfälle keineswegs verhindert, und veranlaßt waren also die Unfälle nicht durch Mangel an Prüfungen, sondern durch Unvorsichtigkeit oder Fahrlässigkeit bei der Bauausführung, speziell bei der Verwendung des Materials. Ein Hauptschaden des Handwerks ist das Fehlen der Kenntniß der Buchführung, wie sich besonders auch aus einer Enquete der badischen Regierung über die Lage des Kleinhandwerks ergibt. Mit so nebensächlichen, allgemeinen Vorschlägen werden Sie dem Handwerk nicht helfen.

Abg. Strudmann (nall.) betont lebhaft, auf der Linken des Hauses empfände man genau ebenso warm für das Handwerk, wie auf der Rechten der Antragsteller. Entgegen den Ausführungen der Linken befände sich aber das Handwerk thatsächlich in einem durchaus erschrecklichen Aufschwunge. Weiter verpönte man sich von der Prüfung überhaupt viel zu viel. Eine Prüfung befähige den, der sich ihr unterzieht, durchaus nicht, dem raschen Fluß der gewerblichen Entwicklung besser zu folgen, als dies ohne Prüfung der Fall ist. Auch die Prüfung an sich würde in einem raschen Fluß sein müssen, denn was heute dem einen Handwerk eien, — beispielsweise die Benutzung von Nähmaschinen, von Gasmotoren — das ziehe morgen ein anderes Handwerk zu sich hinüber. Innerhalb desselben Handwerkes würde also die Prüfung fortwährend in dem, worauf sie sich erstreckte, wechseln oder — fortwährend die Prüfungen wiederholt werden müssen. Glaube man denn, daß sich das ermöglichen lassen würde? Gewiß nicht. Ja, wenn die Sache so läge, daß Jemand nach dreijähriger Lehrzeit und dreijährigem Gesellenstand fertig wäre, — aber das gemerbliche Leben schreitet doch immer weiter. Sehr oft habe Jemand zwar nur wenige theoretische Kenntnisse, aber gerade viel praktische Erfahrungen, wolle man so Eimen hindern, sich selbstständig zu machen? Von großer Bedeutung sei das gerade auch im Baugewerbe, für die Frage der Wohnungsnoth. Gerade der Häuserbau durch kleine Leute mildere am allermeisten die Wohnungsnoth. Es möge ja vorkommen, daß dieselben ab und zu einen kleinen Fehler beim Bau kleiner Häuser, beim Bau besonders von Arbeiter-Wohnungen auf dem Lande machen, aber deshalb brauche man sie nicht zu Prüfungen machen und sie hindern, sich selbstständig zu machen. Wolle man sie einer Prüfung unterziehen, dann solle man bei dieser Prüfung wenigstens auf die Theorie nicht so viel Gewicht legen, sondern auf die praktischen Erfahrungen der Leute. Wenn man dergestalt, wie der Antrag Kardorff es wolle, eine mehrjährige Lehrzeit nebst mehryähriger Gesellenzeit vorschreibe, dann müsse man doch zum Mindesten auch die Pflichten der Lehrherren genauer feststellen. Nur Rechte ohne Pflichten für die Meister festzusetzen, das gehe doch nicht an.

Abg. Kröber (Volksp.): In Frankreich steht trotz der Gewerbefreiheit das Handwerk in hoher Blüthe; das hat sich eben auch wieder auf der Pariser Ausstellung gezeigt. In England hört man ebenfalls nichts von Beschränkungen im Sinne Ihrer Anträge. Warum kommen Sie denn damit? Das Gewerbe liegt auch bei uns nicht darnieder, wie die Antragsteller behaupten; die Münchener Kunstgewerbe-Ausstellung zeigt dafür, daß das Kunstgewerbe trotz der Gewerbefreiheit hochkommen kann. Dem freikonservativen Antrag würde ich eher eine Berechtigung zurechnen, als den übrigen Anträgen, wenn überhaupt solche Bestimmungen eine Gemähr schaffen würden, daß die geprüften Leiter der bezeichneten Gewerbe auch wirklich befähigt sind. Dies bestreite ich eben. Die großen Städte erreichen im Baugewerbe das angestrebte Ziel durch sehr strenge Bauvorschriften; so ist es auch in München. Dem Abgeordneten Strudmann kann ich bestätigen, daß ein großer Theil der Arbeiterwohnungen durch Gesellen, wo möglich in den freien Stunden, durch gemeinsame Arbeit aufgeführt ist; in meiner Heimat Kaiserlautern sind Hunderte von Arbeiterhäusern so mit Unterstützung der Wohlhabenden oder ihrer Meister geschaffen worden. Ich vermisste in allen drei Anträgen das Gewerbe der Bierbrauer. Ist das eine freie Kunst oder Wissenschaft? (Heiterkeit.) Oder ist es nicht, wenn auch nicht auf das Leben, so doch auf die Gesundheit von Einfluss? Ich denke an den Bierkater. (Heiterkeit.) Die bayerische Gewerbeordnung von 1846 schrieb den Befähigungsnachweis für Bierbrauer vor, und da ich in meiner Jugend dieses Gewerbe gelernt habe, habe ich mich im März 1883 auch dieser Prüfung unterworfen und den Befähigungsnachweis mit der Qualifikationsnote „vorzüglich“ bestanden. Das Zeugniß ist unterschrieben von dem Vorstand der Prüfungskommission, die durchaus nicht obstruirt, sondern lauter wohl befähigte Leute waren. Auf Grund dieses Befähigungsnachweises wurde ich als Braumeister von einem niederbayerischen Brauereibesitzer engagirt. Als ich dort mehrere Wochen konditionirt hatte, sah dieser Mann, daß es um meine Wissenschaft des Bierbrauens doch nicht so besonders stehen müsse und warf mich hinaus. (Große Heiterkeit.) Der Richter verurtheilte meinen Pringival, mir drei Monate Salair und die Reisekosten zu bezahlen; später habe ich allerdings erkannt, daß ich dieses Geld sehr unrechtmässig erhalten habe, weil ich damals noch nicht so befähigt war, um ein größeres Gewerbe zu leiten. Heute bin ich Sägemüller und Holzhändler, habe aber weder eine Bekreist als Sägemüller bestanden, noch eine sogenannte merkantile Bildung als Kaufmann genossen, und gleichwohl habe ich in diesem Fache einigen Erfolg aufzuweisen, wie meine Fachkollegen im Hause, Grundst und Klumpen, mir bezeugen werden; der Befähigungsnachweis, selbst vor einer Prüfungskommission in einer größeren Stadt geleistet, bedeutet also doch manchmal nicht viel. Auch ich habe ein Herz für den Handwerkerstand, aber auf diesem Wege kann ihm nicht geholfen werden. Sorgen Sie lieber für eine bessere Ausbildung der Lehrlinge, schaffen Sie Fachschulen, wie sie namentlich auch in München mit so großem Erfolge eingerichtet sind; sorgen Sie dafür, daß die Handwerke ihr Material gut und billig beziehen können, daß ihnen Kredit dazu wird, daß sie sich einige kaufmännische Wissenschaft aneignen, daß sie rechnen lernen, wie sie auskommen können, und nicht blind in den Tag hinein arbeiten. Damit werden sie sich ein größeres Verdienst um das Handwerk erwerben, als mit dem Befähigungsnachweis. Weisen Sie den Befähigungsnachweis zu all dem alten Plunder, der längst befeitigt ist, zu den Feudalrechten und Vorrechten der alten Zeit. Mit Ihren Rezepten ist es nun einmal nicht, und Sie können dem Parlamente und dem Lande nur nützen, wenn Sie Ihre Anträge nicht wiederbringen. (Beifall links.)

Abg. Kühn (Soj., Schneidermeister): Nicht bloß als Sozialdemokrat, auch als Handwerker bin ich gegen diese Anträge. Zweitens ist für die lebensgefährlichen Gewerbe, die ein öffentliches Interesse in Frage stellt, eine staatliche Prüfung am Platze. Was hat aber ein verdorbener Stiefel, Stod oder Kleiderkrat für ein öffentliches Interesse? (Unruhe rechts.) Der geprüfte Meister verdient ebenso ein Stück wie der nicht-geprüfte, und die Entschädigung liegt allein beim Kunden. Als ich meine Gesellenprüfung machte (1863), kam es gar nicht darauf an, wie das Stück gemacht war, sondern daß die

Gebührentaxe und das Freibier richtig bezahlt wurde. (Sehr gut! links.) Ich hatte mein Gesellenstück noch nicht zur Hälfte gemacht, da hieß es: Wir sehen schon, daß Sie es machen können. (Heiterkeit.) Als Meister fand ich, daß die Gesellen mit den schlechtesten Zeugnissen praktisch meistens gar nicht zu brauchen waren und daß Arbeiter ohne bestandene Prüfung doch sehr leistungsfähig waren. Die meisten Handwerker, mit deren Unterschriften Sie parodiren, sind sich über die Sache gar nicht klar und sind bloß für künstliche Bestrebungen, weil es ihnen schlecht geht. Im Kreise Waldenburg, wo die meisten Innungen sind, erhielt bei den Reichstagswahlen 1884 der künstlerische Kandidat nur 100 Stimmen. Sehr viele Arbeiter sind in der Industrie besser daran, als unsere sogenannten Handwerksmeister. (Zustimmung links.) Bekommen einmal die Herren Oberwasser, so wird es, wie im Mittelalter, nicht mehr darauf ankommen, ob der Betreffende die Befähigung nachweist oder nicht, sondern ob er die Meisterrolle zahlen kann. Dem Antrag fehlt auch die innere Berechtigung. Man bemüht sich jetzt, alle möglichen Handwerker durch niedrige Beiträge für die Innungen zu gewinnen. Sie würden es nun erleben, daß Leute, die gar nicht geprüft sind, die Gesellenprüfung abnehmen. (Sehr richtig! links.) Es würden 15—20 Jahre vergehen, ehe dieser Zustand befeitigt würde. Woher nimmt man das moralische Recht, derartige Zwangsbestimmungen einzuführen? In Berlin besteht eine Zwangsinnung für Gastwirthe, zu deren Obermeister ein Berliner, ein Cafetier, gewählt und von dem Polizeipräsidenten bestätigt worden sein soll. — Das Café soll nicht bloß Red heißen, sondern es soll dort auch sehr lech zugehen. Es hat in den Zeitungen gestanden, daß dieser Herr Obermeister seinen Kellern nicht bloß keinen Lohn zahle, sondern sogar von den Trinkgeldern sich seinen Theil zahlen lasse. Man dürfte sehr gespannt sein, zu erfahren, wie dieser Obermeister seinen Befähigungsnachweis zu führen in der Lage sein dürfte in der Behandlung seiner mitternächlichen Gäste. (Heiterkeit.) Der eigentliche Krebschaden, an dem das Handwerk leidet, liegt in dem Abzahlungsmodus. Der Abg. Merbach sagte mit großer Emphase, der einzige Feind des Handwerks seien die Sozialdemokraten. Wie kommt er zu einer solchen Behauptung? Das Großhospital, die Großindustrie beherrscht heute unser ganzes gewerbliches Leben. Was da noch übrig bleibt, sind bloß Brocken. Nach meiner Ueberzeugung hat das Handwerk nur noch als Kunsthandwerk, insofern der persönliche Geschmack des Kunden in Frage kommt, eine Zukunft. Das hat das Handwerk denn auch bereits begriffen und es befinden sich ungezählte Handwerker in den Reihen der Sozialdemokratie. Auch die Uebrigen, welche Ihnen jetzt noch nachlaufen, werden darauf gekloren werden, nicht rechts ihr Heil zu suchen, sondern in der Partei der Zukunft.

Abg. Cegielski (Vole): Im Prinzip ist meine Partei für den Befähigungsnachweis. Aus politischen Gründen aber können wir leider nicht für die Anträge stimmen. Wir können nach den Erfahrungen, die wir Polen mit den Ausnahmestellen gemacht haben, uns nicht entschließen, einem Gele zu zustimmen, welches durch die Einführung des stimmberechtigten staatlichen Prüfungskommissars den staatlichen Einfluss auf einem Gebiete zu erweitern geeignet ist, wo er bis jetzt noch nicht maßgebend war: video meliora proboque, deteriora sequor!

Im Schlusswort bemerkt Abg. Gitz (3.): Ich kann versichern, daß es uns mit unserm Antrage wohl ernst ist und daß man auch in weiten Kreisen des Volkes die Sache ernst nimmt. Uns ist es um die technische Hebung der Massen des Handwerks zu thun, während die Herren auf der Linken das Kunstgewerbe im Auge haben. Dieses mag sich ja im Wohlstand befinden, aber die Massen des Handwerks befinden sich in der Noth. Daß die Handwerker selbst den Befähigungsnachweis wünschen, beweisen die 1885/86 eingegangenen 10 085 Petitionen mit 140 000 Unterschriften, während die damals von dem Abg. Baumbach in Aussicht gestellten Gegenpetitionen ausgeblieben sind. Ich beürtheile die Entwicklung eines Kunstgewerbes oder sonstiger Auswüchse des Kunstgewerbes insolge des Befähigungsnachweises nicht eine Korrektur dafür liegt ja in der Freizügigkeit. Leibel ein Handwerker unter dem Kunstgewerbe, so kann er nach einem anderen Ort gehen. Mit den Fortbildungs- und Fachschulen ist es nicht gehen, denn es kommt auch auf das technische Können im Handwerk an. Wenn man empfiehlt, Dampf, Elektrizität, Gasmotoren dem Handwerk dienlich zu machen, so ist das ganz gut, wenn den Handwerkern nur die Vorbereitung für die Benutzung dieser Dinge, d. h. die materiellen Mittel, gesichert wären. Die moderne technische Entwicklung weist darauf hin, daß vielleicht doch noch eine Zeit für das Handwerk kommt, nämlich insolge der zunehmenden Verwendung von Kleinmotoren, Gastkraftmaschinen u. dgl. Der Befähigungsnachweis ist ein Mittel, um das Streben des jungen Mannes anzupornen und ihn auf eine tüchtige Ausbildung hinzuweisen. Für das Halbbeschlaggewerbe ist doch schon die Prüfung eingeführt worden, und von diesem Standpunkte aus kann man auch die Prüfung für das Baugewerbe verlangen. Wenn auch der Befähigungsnachweis nicht allen Uebelständen abhilft, so ist er doch das vorzüglichste Mittel dafür. Wenn man den Befähigungsnachweis selbst für das Baugewerbe nicht nöthig hält, weil strenge polizeiliche Ueberwachung genüge, so gilt das für große Städte vielleicht. In kleinen Städten und Dörfern könne man der Ortspolizeibehörde das nicht zumuthen. Die Baumeister selbst wünschen den Befähigungsnachweis für die Handwerksmeister, weil nur dann eine entsprechende Ueberwachung der Bauern möglich sei. Die Kassa des Nothstands der kleinen Handwerksmeister läßt sich nicht leugnen. Die, welche Herr Goldschmidt kennt, mögen keine Noth leiden, wohl aber die, welche sich in Dackstuden u. dergl. vor seinem Auge verbergen. Die kaufmännische Buchführung schüßt doch vor Geldverlegenheit nicht. Der Hord unseres Antrages ist technische Hebung des Handwerkerstandes und eine bessere sittliche Erziehung. Gesellen und Lehrlinge müssen ein Ziel vor Augen haben, dem sie nachstreben können. Wir sind aber nicht eigeninnig; wenn andere Herren einen anderen Weg vorschlagen, wollen wir ihn gern mitgehen. Und kommen die verübenden Regierungen mit einer anderen Vorlage, so wollen wir uns gern darüber schlüssig machen. Aber geschehen muß etwas, jedenfalls ist es bedauerlich, daß die Regierung sich so ablehnend verhält. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Merbach: Wenn Abg. Goldschmidt so großen Werth auf die Fachschulen legt, bitte ich ihn nach Sachsen zu blicken, wo trotz der zahlreichsten Fachschulen die Schusswät des Handwerkerstandes nach dem Befähigungsnachweis sich nicht gemindert hat. Die Sozialdemokratie ist notwendigerweise ein Feind des Handwerks, denn die von ihr angeführte Produktionsweise muß den Handwerkerstand zerstören. Der Schwerpunkt des Handwerks liegt in den selbstständigen Gewerbetreibenden, und die Sozialdemokratie kann unmöglich ihre Produktionsweise durchführen, ohne den gegenwärtigen Handwerkerstand so umzumodeln, daß er kein Handwerkerstand

mehr ist. (Sehr richtig.) Handwerker und Sozialdemokrat kann Niemand zu altrischer Zeit sein.

**Abg. v. Pfeiff-Kehow:** Seit einer Reihe von Jahren bringen wir diese Anträge an das Haus, und wir werden nicht ermüden, sie immer wieder vorzubringen, bis sie endlich Gesetz werden. Unsere Liebe zum Handwerkerstande und die Würdigung seiner Bedeutung für den Staat zwingt uns dazu. Die Gegner behaupten, das Handwerk ebenso zu lieben wie wir. Das bestreite ich nicht, aber es ist eine absonderliche Liebe, sie kennen ja den Gegenstand ihrer Liebe gar nicht. (Heiterkeit.) Wir aber kennen die Bedeutung des Handwerkerstandes, und für die Zukunft, welche uns der Abgeordnete Kühn in Aussicht stellt, danken wir ergebenst. Herr Goldschmidt schlägt uns den Antrag vor, daß auch die gegenwärtigen Handwerksmeister den Befähigungsnachweis beibringen sollen. Wir wollen das nicht. Vielleicht aber bringen Sie den Antrag ein. (Heiterkeit.) Wenn Abg. Strudmann die Prüfung deshalb nicht will, weil der Geprüfte nicht Zeitlebens im Besitz der erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten bleibe, so möchte ich ihn selbst fragen, ob er denn heute seine Examina noch bestehen würde. Trotz der in der kaiserlichen Postzeit in glücklicher Weise in Angriff genommene Fürsorge für die wirtschaftlich Schwächeren liegt der Handwerkerstand noch so darnieder, daß Väter nicht einmal ihr Handwerk erlernen lassen. Eine Geschlossenheit des Handwerks wird ermöglichen, daß das Werk seiner Arbeit wieder zur Geltung kommt und wenn die Lohnfrage die Hauptfrage der Sozialdemokratie ist, so wird ein geschlossener ausstretender Handwerkerstand auch diese zum Schaden der Sozialdemokratie lösen. Das Handwerk baut überhaupt die Brücke zwischen Arbeiter und Arbeiter. Der Uebermacht des Kapitals muß es aber entgegengetreten durch seine Organisation als Stand. So wird auch Zucht und Ehrbarkeit, wo sie etwa verloren gegangen ist, im Handwerk wieder hergestellt werden. (Beifall.) Der Industrie haben wir durch Schutzzölle bereits geholfen, der Landwirtschaft bemühen wir uns fortgesetzt, auf demselben Wege, wenn auch bis jetzt noch mit wenig Erfolg, auszuheilen. Nur dem Handwerkerstande wollen noch immer gewisse Kreise ihren Schutz versagen und lehren ihren alten Handwerkerstandpunkt hervor, den wir hier am allerwenigsten am Platze haben. (Lebhafte Beifall.)

**Der Präsident** schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag abzuhalten und auf die Tagesordnung den Etat des auswärtigen Amtes zu setzen.

**Abg. Richter** bittet, den Etat des Reichs-Eisenbahnamts vorweg zu nehmen, der bereits sechsmal auf der Tagesordnung gestanden habe.

**Der Präsident** weist darauf hin, daß in diesem Falle nur eine oder eine halbe Stunde für den Etat des Auswärtigen Amtes übrig bliebe; an die zweite Stelle möchte er den Etat des Reichs-Eisenbahnamts nicht setzen, weil er dann möglicherweise nicht mehr zur Beratung kommen würde und die Kommissarien bereits an sechs Tagen vergeblich den Verhandlungen beigewohnt hätten.

**Abg. Richter** bemerkt dem gegenüber, daß auch die Abgeordneten bereits sechsmal auf den Etat des Reichs-Eisenbahnamtes sich hätten vorbereiten müssen. Es sei zudem Brauch, daß zunächst die Etats, die nicht in der Kommission gewesen seien, zur Beratung kommen.

Das Haus beschließt dem Vorschlage des Präsidenten gemäß. (Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat des Auswärtigen Amtes.)

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 21. November. Der Stadtvorordneten-Vorsitzer, Stadtv. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

In die gemischte Deputation für die erneute Beratung des Entwurfs eines Ortsstatuts, betreffend die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts nebst Einigungsamt für den Gemeindebezirk Berlin sind von den Abtheilungen der Versammlung folgende zehn Stadtvorordnete gewählt worden: Stryp, Meyer II, Friedemann, Wohlgenuth, Tuhauer, Langenbacher, Meyer I, Michelet, Sachs II und Wied.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Pensionierungs- und Anstellungs-Gesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Die Reparatur der Uferschälung bei dem Gemeindegrundstück Holmarktstr. 22/24 wird genehmigt.

Dem Ankauf des Jordan'schen Grundstücks an der Oberspreewerthe zur Vergrößerung des dortigen Stein-Depot-Platzes stimmt die Versammlung wegen der Höhe des verlangten Preises nicht sofort zu, sondern verweist die Vorlage auf Antrag des Stadtv. Ramslau an einen Ausschuss.

Der Verkauf der Gebäude auf dem Grundstücke Dresdenerstr. 104 zum Abbruch wird beschloffen.

Die Vorlage, betreffend den Ankauf des Grundstücks Belle-Alliancestr. 80 zum Bau der 6. höheren Bürgerschule, wurde nach längerer Debatte mit einer kleinen Veränderung genehmigt.

Die Vorlage, betreffend die Herstellung und den Betrieb öffentlicher Uhren wird an einen Ausschuss verwiesen.

Ebenfalls an einen Ausschuss gehen auf Antrag des Stadtv. Selle die speziellen Entwürfe zum Bau eines Verwaltungsgebäudes und zweier Anstaltshäuser auf dem Grundstück der Anstalt für Epileptische bei Wiesdorf trotz des Widerspruchs des Stadtbauraths Blankenstein. Stadtv. Selle hatte gerügt, daß für die Fassaden nicht weniger als der 6. Theil der ganzen Bau Summe, über 60000 Mark, verwendet werden sollen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 6½ Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

## Lokales.

Bei den Wahlen der ersten Abtheilung zu der Stadtvorordnetenversammlung wurde ausschließlich liberal gewählt.

**Bezugnehmend auf die Gerichtigung des Gastwirths Jeebe.** Collnowstraße 28, zieht sich die Lohnkommission der Berliner Tabakarbeiter nach gründlicher Untersuchung des vorliegenden Falles verpflichtet, folgendes zu veröffentlichen: Durch Zeugen wurde bestätigt, daß der Zigarrenmacher Kroschanski nicht auf Veranlassung des Wirths Jeebe, sondern auf Veranlassung eines Tischlermeisters Brinmann, angeblich Wirths, 21 wohnend, verhaftet wurde. Die Lohnkommission trifft keine Schuld, da dieselbe nach den vorläufigen Aussagen eines Schutzmans behandelt hatte.

**Eine Vergleichung des Verkehrs auf der Berlin-Hamburger Bahn** von einst und jetzt giebt das Arch. f. Eisenbahnen. Die Beschaffung des auf 24 Millionen veranschlagten Baukapitals machte im Jahre 1842 Schwierigkeiten, weil man bewußt war, daß eine Bahn wegen des damaligen geringen Personenverkehrs zwischen diesen Orten sich bezahlt machen werde. Erst als die Regierungen von Medien-

burg und Hamburg mit je 4½ Millionen sich an dem Aktienkapital beteiligten, gelang es, das Geld aufzutreiben. Nach dem ersten heute noch vorliegenden Fahrplane vom 15. Oktober 1846 für die damals eröffnete Theilstrecke Berlin-Boitzenburg fuhr täglich ein Zug von Berlin „6¼ Uhr Morgens“ nach Boitzenburg, wo er 1 Uhr Nachmittags ankam; von dort fuhr er 1½ Uhr Nachmittags nach Berlin zurück, das er Abends 8¼ Uhr erreichte. Ein zweiter Zug verkehrte nur zwischen Berlin und Wittenberge. Weitere Züge gab es nicht. Von Boitzenburg nach Hamburg fuhr man mit Dampfböden auf der Elbe; wenn diese nicht eisfrei war, fuhr von Boitzenburg nach Bergedorf ein Omnibus. Ein zweiter Fahrplan, vom 15. Januar 1848, zeigt schon wesentliche Fortschritte: er enthält einen Personenzug zwischen Berlin und Hamburg, welcher 8 Stunden brauchte. Ein zweiter Zug heißt „Zwischenzug mit Ueberrachten in Wittenberge“. Er kommt in Wittenberge von Berlin um „9¼ Uhr“ Abends, von Hamburg um „9¼ bis 10 Uhr“ Abends an und verläßt Wittenberge nach Hamburg 6¼ Uhr, nach Berlin 6¼ Uhr Morgens. In beiden Richtungen fuhr außerdem ein Güterzug mit einer Fahrzeit von 14 Stunden, und an 3 Tagen der Woche ein Extragüterzug mit Ueberrachten in Wittenberge. Heute fahren von Berlin nach Hamburg 3 Schnellzüge in 4½ bis 4¾ Stunden, 2 Personenzüge in 6½ bis 7 Stunden, 2 gemischte und 6 Güterzüge. Für den Verkehr zwischen Hamburg und Berlin besteht aber heute außerdem die Linie über Velzen und Harburg, auf welcher außer den Güterzügen 1 Schnell- und 4 bezw. 3 Personenzüge verkehren. Aus den 2 Personenzügen des Jahres 1848 sind also heute 10 geworden.

**Auf der chirurgischen Station** des kaiserlichen allgemeinen Krankenhauses am Friedrichshain wurden im jüngsten Berichtsjahre (vom vorjährigen 1. April bis zum diesjährigen 31. März) 3843 Kranke behandelt, so daß eine Zunahme gegen das Jahr vorher sich ergibt, die ungefähr der allgemeinen stärkeren Belegung des ganzen Krankenhauses entspricht. Von sämtlichen chirurgischen Kranken starben 355 = 10,8 pCt., während im Jahre 1886 die Sterblichkeit 12,3 pCt. und im Jahre 1887 11,1 pCt. betrug. Wieder wurden eine große Anzahl sehr schwer Verletzter dem Krankenhause zugeführt. 22 Kranke starben an den unmittelbaren Folgen schwerer Verletzungen, zwei wurden sterbend und sechs todt eingeliefert. 130 starben an inneren Krankheiten und 107, meist Kinder, an Group und Diphtherie. Die bei septisch eingelieferten Kranken erforderlichen Operationen wurden in einem von dem Operations-Gebäude getrennten Raum im Pavillon VII ausgeführt, die Tracheotomien (Lufttröhrenschnitte) in einem kleinen Zimmer auf Pavillon XIV. Diese Sonderung des operativen Materials in Verbindung mit der Anwendung strenger antiseptischer Methoden ermöglichten es, trotz der sehr reichlich eingeführten bereits septischen Kranken, die Entstehung von Wundkrankheiten im Hospital selbst fast vollkommen zu bannen. Die Anzahl der ausgeführten Operationen betrug 1128, darunter selbstverständlich eine große Anzahl kleinerer Operationen. Unter den 211 Todesfällen befinden sich allein 83 Todesfälle bei Kindern, die wegen Group und Diphtherie operirt werden mußten. Auch im jüngsten Jahre hat sich die Föhlung der Diphtherie-Kranken von allen anderen Kranken in dem zu diesem Zwecke erbauten Pavillon XIV sehr gut bewährt. Es konnten am Schlusse des Berichtsjahres 220 = 63,2 pCt. als geheilt entlassen werden. Sicherlich sind von dem Bestand und den 18 ungeheilt auf Wunsch Entlassenen auch noch einige geheilt worden, so daß sich der Prozentsatz noch etwas günstiger stellt. Die Zusammenstellung der letzten Jahre ergibt, daß im kaiserlichen Krankenhause 1881 an Diphtherie behandelt wurden 183, mit Heilung von 73 = 39,9 pCt. 1882: 317, mit Heilung von 164 = 49,0 pCt. 1883: 396, mit Heilung von 182 = 46,4. 1884: 552, mit Heilung von 175 = 50,0 pCt. 1885: 327, mit Heilung von 139 = 42,5 pCt. 1886: 353, mit Heilung von 208 = 58,9 pCt. 1887: 299, mit Heilung von 185 = 62,2 pCt. 1888: 348, mit Heilung von 220 = 63,2 pCt. Tracheotomien (Lufttröhrenschnitte) wurden 124 mit 41 Heilungen = 30,2 pCt. ausgeführt. Von den 39 unter 2 Jahre alten Kindern wurden 5 = 12,8 pCt. geheilt, während von den 85 über zwei Jahre alten, wegen Diphtherie operirten Kindern 36 = 42,35 pCt. als geheilt entlassen werden konnten. Es entspricht dieses Ergebnis dem der letzten Jahre. Ungeheilt wurden entlassen, theils weil die Kranken sich der vorgeschlagenen Behandlung nicht unterwerfen, theils weil wegen komplizirter innerer Krankheiten von jedem chirurgischen Eingriff abgesehen werden mußte.

**Um das Diebengeleite nach den Rettungsbällen** an den Brücken nach Möglichkeit zu dämpfen, läßt, wie diesge Wäcker berichtet, der Magistrat jetzt auf allen Wällen das Wort: „Gestohlen“, in großen Lettern anbringen, sowie auch die Schnur, an welcher der Ball befestigt ist, mit Anilinfarben färben.

**Der Zigarrenmacher Herr Oskar Wihke** war am 9. August ds. Js. von der Justizkammer des Landgerichts zu Koribus zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er bei der Verdrigung eines Freundes und Kollegen in Finsterwalde einen Kranz niederlegte mit den Worten: „Dem Todten zur Ehre, den Ueberlebenden zur Nachseherung!“ Das Reichsgericht hat die eingelegte Revision verworfen und begründete sein Urtheil damit, daß der Verurtheilte nicht nur eine religiöse Verächtung überhaupt gehört, sondern eine sozialdemokratische Demonstration ausgeführt habe, bezüglich deren er wußte, daß durch dieselbe der Geistliche in der Ausübung seines Amtes gestört werden könnte.

**In sonderbarer Weise** verunglückte am gestrigen Vormittag der Arbeiter R. Derselbe ist in der Wienerstraße in einer Fabrik beschädigt, in welcher die Arbeitsräume durch Oberlicht erhellt werden. Auf einem Nebengrundstück wird ein Bau ausgeführt, und einem der Maurer entglitt ein Stein. Der Stein fiel auf das Glasdach, schlug dieses durch und Stein und die Stücke der zertrümmerten starken Glascheiben trafen den gerade unter der Durchbruchstelle arbeitenden R. so unglücklich, daß er lautlos zusammenbrach. Die gewichtige Masse war ihm auf den Kopf gefallen und hatte dem R. eine tiefe, bis auf den Knochen gehende Wunde zugefügt, deren Blut garnicht zu stillen war, da die Glasplitter zugleich die Stirnadern ihm durchschnitten hatten. In die am Größter Bahnhof belegene Sanitätskuche gebracht, stellte es sich heraus, daß in die Wunde auch Glasplitter mit eingedrungen waren, zu deren Entfernung es der ganzen Geschicklichkeit des dirigirenden Arztes bedurfte. Nachdem R. den ersten Verband erhalten, wurde er nach einem Krankenhause überführt.

**Den Tod in den Wellen** suchte gestern in aller Morgenfrühe die 21 jährige Tochter Anna des in der Dragonerstraße wohnhaften Schneiders H. Zwei in der Nähe der Friedrichsbrücke beschäftigte Strazenzimmerer bemerkten zur angegebenen Zeit, wie eine Frauensperson einen dort vor Anker liegenden Kahn bestieg und sich von demselben kopfüber in das Wasser hinabstürzte. Sie weckten eiligst den Schiffer des Kahnes, und diesem gelang es nach vieler Mühe, die Lebensmüde aus dem Wasser zu fischen. Diese gab als Grund ihres verzwisselten Schrittes an, daß ihr „Bräutigam“, ein Buchhalter, sie verlassen habe und sie die Vorwürfe ihres Vaters über einen damit in Verbindung stehenden Beleidrirt nicht länger mehr anzuhören vermöge. Auf gütliches Zureden ihrer Mutter bestieg das durch nähte Mädchen eine Droschke und ließ sich nach der Wohnung ihrer Eltern zurückbringen. Ein von den letzteren herbeigerufener Arzt veranlaßte später die Ueberführung der Kranken nach der Charité.

**Ein Pistolenduell** fand Dienstag Nachmittags gegen fünf Uhr in dem Waldchen hinter dem Zegeler Schießplatze zwischen dem zweitältesten Hauptmann des Garde-Füsilier-Regiments v. Jaugwitz und einem Arzte statt. Der Letztere erhielt beim ersten Kugelmehel einen Schuß in die Brust, welcher die Lunge durchbohrte. Der Hauptmann requirirte vom Labora-

torium einen Wagen, auf welchen die Bahre mit dem Verwundeten gestellt wurde; den Transport bewirkten sieben Soldaten. Der Verwundete lagte nach einigen Stunden in dem Garnisonlazareth in der Scharnhorststraße an. Ueber die Ursache des Duells war bis zur Stunde Näheres nicht zu ermitteln. — Einer späteren Nachricht zufolge soll der verwundete Arzt seinen Verletzungen bereits erlegen sein.

**Polizei-Gericht.** Am 20. d. Mts. Nachmittags erschob sich ein junger Mann in seiner Wohnung in der Genthinerstraße mittelst eines Revolvers. — An demselben Tage Nachmittags fanden in der Altonaerstr. 26 und in der Kaserne des 2. Garde-Regiments zu Fuß, Nachmittags in der Fiegelstr. 2 und in der Nacht zum 21. d. Mts. in der Landsbergerstr. 11 kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

## Versammlungen.

**Tabakarbeiter-Versammlung.** Am 14. d. M. tagte im großen Saale des „Schweizer-Gartens“ eine von vielen 3000 Tabakarbeitern und Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung, um den weiteren Bericht der Lohnkommission über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Kollege Notes führte in treffender Weise an, daß der jetzige Stand der Lohnbewegung als ein sehr günstiger zu betrachten sei, da die Fabrikanten durch die Einigkeit der Kolleginnen und Kollegen einen schweren Stand hätten. Außerdem hätte der vor einiger Zeit über die Firma Loeser u. Wolff verhängte Boykott Drosche geschlagen, weil die hiesigen Fabrikanten mit Recht glaubten, einem ähnlichen Schicksale zu verfallen, wenn sie sich zu garnicht bequemen würden. Weiter führte der Redner an, es sei unbedingt notwendig, wenn man das Errungene festhalten wolle, sich immer mehr in geschlossenen Reihen zusammenzufügen. Mann und Weib müssen kämpfend eintreten. Auch müßten die Hausarbeiter mehr herangezogen werden, damit eine Schutzwehr nach allen Seiten hin errichtet werde. Der Redner schloß mit den Worten: Wenn man auf die gegenwärtige Bewegung blickt, kann man ohne Ueberehdung sagen, daß jetzt schon auf der ganzen Linie der Sieg den Arbeitern gehört! Hierauf nahm Herr Goldschmidt das Wort. Derselbe wünschte den Arbeitern den besten Erfolg, aber der Meinung, daß auch gegenwärtige Interessen berücksichtigt werden müßten. Das wäre dadurch am besten zu erreichen, wenn kein Arbeiter Zigarren kaufe, die nicht in Berlin angefertigt seien. Kollege Wihke wider sprach dieser Ansicht sehr lebhaft. Er hob hervor, daß dieser Vorschlag erstens nicht durchzuführen sei, weil die ganze Produktion und Konsumtion der Weltmarktsverhältnissen unterworfen sei. Zweitens sei der Vorschlag nicht zulässig, da die augenblickliche Produktion Berlins bei Weitem nicht den Bedarf decke und die Arbeiter außerhalb Berlins ebenfalls ein Recht zum Leben haben. Kollege Herrmann schloß sich den Ausführungen des Kollegen Notes an und betont, daß gerade in diesem Kampfe die Arbeiterinnen den Männern als gutes Beispiel vorgeführt werden können, denn sie haben in jeder Beziehung sich mit den männlichen Arbeitern solidarisch erklärt und den Kampf gegen die Kapitalmacht mit aller Energie aufgenommen. Der Redner wies den Wunsch aus, daß durch diese Bewegung die Tabakarbeiter wieder ihren alten Ruf erlangen und sich auch für allgemeinen Interessen begeistern werden. Der Vorleser Gumpel eröffnete die Versammlung, daß die Töpfer Berlins der Lohnkommission 100 Mark übermitteln hätten, eine Gabe, welche einem donnernden Bravo begrüßt wurde. Kollege Börner forderte zur Einigkeit auf, damit das Errungene auch erhalten bleibe. Hierauf nahm Herr Kolloff, Vorkämpfer der hiesigen Lohnbewegung zu sprechen, sondern die durch die hüllungen der letzten beiden Versammlungen in ihrer Ehre gekränkten Meister zu vertheidigen und zu gleicher Zeit die Ehrenrettung der Firma vorzunehmen. Er sei zu diesem Zwecke eigens von den Meistern nach Berlin delegirt, und habe Material mitgebracht, woraus die Versammlung ersehen werde, wie Recht er habe. Da sei zunächst die ominöse Fabrikordnung, die seitlich seit 1886 garnicht mehr existirt, wie man sich aus einem ihm heute vorgelesenen und von sämtlichen Meistern der Firma unterzeichneten Telegramm überzeugen könne. Man möge hier Jemand für etwas verantwortlich, was gar nicht mehr vorhanden sei. Die Strafen und Nullungen seien unerheblich und in Elbing notwendig, da zwischen Berlin und Elbing ein himmelweiter Unterschied wäre. Dahingegen offerirte die Firma jährlich 12000 M. für Wohlfahrtseinrichtungen (Schulstrenur; Niedrige Löhne). Wenn die Firma diese Summen nicht zahlen würde, dann könnte sie auch höhere Löhne zahlen. Um nun den Beweis zu führen, daß die Firma auskömmliche Löhne zahle, ließ der Redner aus einer Lohnübersicht der Fabrik die höchsten Ziffern heraus, wobei ihm das Ungläuck passirte, sich auch an einigen sehr niedrigen zu vergeistern. Der über die Firma verhängte Boykott entbehre jeder moralischen Grundlage, da keine Forderungen vorangegangen seien. Die eigenen Arbeiter wären mit den in der Fabrik herrschenden Zuständen zufrieden. Wenn man hier in Berlin nicht damit zufrieden sei, so hätte man mit der Firma in Unterhandlung treten sollen, die — und dieses wisse er bestimmt — gerne dazu bereit gewesen wäre, was unter allen Umständen für die hiesige Bewegung wie für die Elbinger Arbeiterinnen von großem Vortheil gewesen wäre. Das Ausschuhwerkens trafe hauptsächlich die Lehrlinge, die in großer Zahl dort vertreten seien. Es sind dabeilbst 125 Zigarrenmacher-Lehrlinge und 76 Wirthsmacher-Lehrlinge beschäftigt. Er habe mit den Reichstagsabgeordneten Herrn Meister und Frohme gesprochen, er habe ihnen sein Material vorgelegt, dieselben billigen das Vorgehen der Kommission der Tabakarbeiter nicht. Er sowohl, wie alle Meister in Elbing und Braunsberg seien alle, tüchtigen Parteigenossen, die nicht zugeben werden, daß den dortigen Arbeitern Unrecht gethan würde. Sie können — so schloß der Redner — nun beschließen, wie Sie wollen, aber ich sage Ihnen nochmals: erst müßten Sie Forderungen stellen, und wenn dieselben nicht bewilligt werden, dann können Sie den Boykott verhängen. — Als nächster Redner nahm Kollege Otto das Wort; derselbe führte aus: Sie haben meine Ausführungen vor acht Tagen gehört und hörten heute einen Vertreter der Firma Loeser u. Wolff. (Zwischenruf des Herrn Kolloff: Ich bin kein Vertreter der Firma!) Herr Kolloff hat in der Kommission auf mein Befragen und auf den Zuruf des Kollegen Boerner: „Kolloff sei ehrlich!“ nach einigem Sträuben zugestanden, daß er auf Kosten der Firma und zur Ehrenrettung derselben hier sei. Also ich sagte, Sie hörten heute einen Vertreter der Firma und dürften wohl in der Lage sein, beurtheilen zu können, ob und inwiefern meine Ausführungen durch die des Herrn Kolloff widerlegt sind. Ich halte sämtliche Behauptungen, die ich in voriger Versammlung gemacht, aufrecht und stelle es den Herren anheim, mich zu verlässen, wenn Sie meinen, daß ich die Unwahrheit gesprochen. Meister Kolloff behauptete, daß die von mir in voriger Versammlung vorgelesene Fabrikordnung seit 1886 nicht mehr existirt. Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß dieselbe, wie Meister Kolloff in der Kommission selbst zugestanden hat, seit ca. 6 Wochen den Arbeitern abgenommen worden ist, eine Maßregel, die aus den Berliner Enthüllungen hervorgegangen, damit diese Fabrikordnung nicht in unredliche Hände gerathen sollte. Daß dieselbe aber in voller Kraft besteht, will ich Ihnen aus Meister Kolloff's mitgebrachten Material, welches mir ein paar Stunden zur Verfügung stand, beweisen. Es sind vom Meister Kolloff laut „Markenfontaine“

der Zeit vom 10. April — 1. November 1889  
 in Anzeigen von Verpätungen gemacht wor-  
 den, von denen nachträglich scheinbar 65 ge-  
 rücht sind, darnach verbleiben 245 An-  
 zeigen bestehen und sind auch zur Ver-  
 strafung gelangt. Außerdem weist das Straf-  
 gericht Koloff's vom 2. März bis zum  
 1. November 1889, 85 bestrafte Personen mit  
 einer Strafe von 25—100 M. auf. Redner verliest  
 die ganze Strafliste des Herrn Koloff und bemerkt dazu, dieses  
 seien die Strafen von nur einer Abtheilung, deren es in Elbing  
 allein 9 giebt. Wenn nun auch nachträglich einige Strafen in  
 anderen erlassen wären, so beweisen doch die verhängten  
 Strafen zur Genüge das Bestehen der Fabrik-  
 ordnung. Meister Koloff hat selbst in der Kommission zu-  
 erkannt, daß eine Arbeiterin wegen eines außerhalb der  
 Fabrik verübten etwas derben Scherzes in  
 eine Ordnungsstrafe von 4 M. genommen sei.  
 Außerdem bestehen die laut Fabrikordnung angeordneten Geld-  
 und Umkleestrafen in geradezu erschrecklicher Weise. Meister  
 Koloff hat selbst zugegeben, daß dieselben oft eine  
 Höhe von 1 M. bei 14 tägiger Lohnung erreichen.  
 Ich habe hier ein paar Originallohnzettel die ich  
 Ihnen vorlesen werde und die Ihnen ebenfalls be-  
 weisen sollen, daß die Fabrik-Ordnung nicht seit  
 1886 abgeschafft ist. Diese Lohnzettel sind so-  
 gar erst 1889 gedruckt und lauten

Name	Nr.
Koloff	M.
Zage, Stunden pro Woche . . . . . 11,22	
Abzüge:	
Mehrschleifen . . . . .	—
Krankentagebeitrag . . . . .	—22
Standortbeitrag . . . . .	—15
Sparrasse . . . . .	—
Lohnzuschuß . . . . .	5,50
Schulden . . . . .	—
Straf u. s. d. Fabrik-Ordnung . . . . .	—20
Blankrate . . . . .	—78
Summa: M.	4,37

Elbing, den 29./2. 1889. Loeser u. Wolff.  
 Berlin-Elbing-Braunsberg.

Der andere enthält ungefähr dasselbe Verhältnis und ist  
 am 9. 8. 1889 ausgestellt. Ich will hier ausdrücklich bemerken,  
 daß hier auf den Lohnzettel angeführte Lohn ein Entgelt  
 für 14 tägige Arbeit mit 144 Std. Arbeitszeit darstellt. Es  
 geht viel dazu, jetzt zu behaupten, diese Fabrik-Ordnung  
 sei seit 1886 nicht mehr, und ein trauriger Muth, dieselbe  
 zu vertheidigen. Im Jahre 1868, als die Berliner  
 Zigarren-Fabrikanten eine Fabrik-Ordnung einführen  
 wollten, die im Vergleich zu der Loeser u. Wolff'schen ein  
 Waisensind war, da brach ein achtwöchentlicher Streik aus und  
 Meister Koloff — der Vertheidiger der Loeser u. Wolff'schen  
 Fabrikordnung — stand damals mit in den ersten Reihen und  
 schlug den Mund am weitesten auf! Wir kommen nun zu den  
 Zahlen und Kullungen. Herr Koloff hat hier aus zwei Lohn-  
 zetteln die Löhne (natürlich 14 tägige) von 28 M. vorgelesen;  
 er hat aber verschwiegen, daß dieser Lohn von der Ida Kriehn  
 in 24 Jahren nur dreimal erreicht worden ist, und daß dieselbe  
 jetzt ca. 8000 Zigarren angefertigt hat.

Dieselbe verfertigte in 3½ Jahren, in der Zeit vom 1. Ja-  
 nuar 1886 bis 14. Juni 1889, 462 100 Stück Zigarren; sie  
 erhielt dafür einen Arbeitslohn von 1658,32 M. Das macht  
 die Arbeitsleistung pro Woche von 2567 Stück mit einem  
 Lohn von 0,20 M. oder 3,58 M. pro Wille. Diese Kriehn ist  
 eine Parabelarbeiterin, wie Sie sehen, und daß sie eine ist,  
 das beweist allein schon der Umstand, daß sie im Jahre 1888 für  
 Lohne in 6 Posten 9,75 M. erhalten hat, und mit Meister Koloff  
 zusammen in diese Verammlung gekommen ist. Im allge-  
 meinen hat Herr Koloff die von mir in letzter Verammlung  
 angeführten Lohnsätze als richtig anerkannt, nur auf den Lohn  
 von 2—3 M. konnte er sich nicht erinnern. Was nun das  
 Ausschlußverbot anbelangt, so hat Herr Koloff ein Buch mitge-  
 bracht, worin allerdings nur 346 Stück Ausschluß stehen, die  
 sich in Posten von 1—42 Stück pro Tag und Perion ver-  
 theilen. Nach seiner Angabe sollen diese 346 Stück Ausschluß  
 auf einen Posten von 76 000 Zigarren kommen, und da ruft  
 er pathetisch aus: Dieses sind die vielgerügten Kullungen!  
 Nein, Herr Koloff, das sind die Kullungen nicht! Dieses Buch  
 hat übrigens den unverzeihlichen Fehler, daß es erst 8 Tage  
 alt ist, also vom 1. bis 8. November 1889 reicht und somit den  
 Ausschluß erweist, als sei es extra zum Zwecke der Abwehr er-  
 funden. Ich gebe Ihnen hier einige Auszüge aus der Lohn-  
 zettel eines Fräulein Stagnot, spätere verehelichte Ehepart:  
 1873 am:

- 11. Januar: 2000 Zigarren . . . . . 7,85 M.
- 25. Januar: 2000 Zigarren . . . . . 5,85 M.
- Das macht in letzter Woche das Wille zu 3,00 Mark Lohn ge-  
 zehnet, 650 Stück Zigarren genullt.
- Am 1. Februar 2400 Zigarren 6,40 M., das Wille zu 3 M.  
 gerechnet, 286 Stück genullt.
- Am 24. Mai 1400 Zigarren 6,25 M., am 31. Mai 2500  
 Zigarren 7,25 M., also 1100 Zigarren mehr, aber nur 1 M.  
 Lohn mehr.
- 1878 am 9. November 1400 Zigarren 5,98 M., 23. No-  
 vember 1400 Zigarren 4,90 M.
- 1880 am 24. April 1800 Zigarren 6,61 M., 8. Mai 1800  
 Zigarren 5,94 M.
- 1882 am 14. Oktober 3300 Zigarren 11,55 M., 28. Ok-  
 tober 3400 Zigarren 8,80 M., also 100 Zigarren mehr und  
 2,75 M. Lohn weniger.

Solche Differenzen in dem Arbeitslohn finden sich bei jeder  
 Lohnung, so daß der Einwand, daß hier verschiedene Afford-  
 nungen zu Grunde liegen, nicht gemacht werden kann, denn kein  
 Fabrikant giebt seinen Arbeitern jede Woche eine andere Arbeit  
 in 13 Jahren. Herr Koloff pries die Humanität seiner Chefs,  
 die jährlich 12 000 Mark zu Wohlthätigkeits-einrichtungen her-  
 geben. Hat Herr Koloff schon einmal berechnet, daß diese  
 Wohlthätigkeit den Leuten gar nicht schwer fallen kann?  
 Es werden bei Loeser u. Wolff jährlich 36 000 000 Zigarren  
 gefertigt. Die Herren stellen das Laufend um mindestens 4 M.  
 an Arbeitslohn billiger her, als die Berliner Fabrikanten,  
 das macht in einem Jahre die niedliche Summe von  
 144 000 M. Von dieser Summe kann die Firma die Miete für  
 den größten Theil ihrer Berliner Läden bezahlen. Was  
 wollen da die 12 000 M. sagen? Also es bleibt schon dabei,  
 wie ich in voriger Verammlung gesagt habe: die ganze  
 Humanitätsgeschichte geschieht auf Kosten der Arbeiter und ist  
 Quacksalber! Herr Koloff machte einige unerhebliche Ein-  
 wendungen, und Kollege Otto gab ihm den fruchtlosen  
 Rath, nach Elbing zu fahren und dort zu bleiben, denn hier  
 könne er mit seinem Material, welches er mitgebracht und gar  
 nicht einmal gekannt hat, keine Profiteure machen. — Hierauf  
 nahm Fräulein Neulenberg aus Elbing das Wort und erklärte,  
 daß sie sehr häufig hohe Strafen habe zahlen müssen.  
 Eine Ordnungsstrafe für einen Aprilscherz betrug 4 M. und  
 für Lachen oder Sprechen sehr häufig 25—50 M. Als sie  
 nicht wieder 3,50 M. Strafe habe zahlen sollen, weil sie einem  
 Arbeiter aus Grolligkeit „Kunze“ verarbeitete hat, damit dieser  
 nicht bestraft werden sollte, habe sie aufgehört. Darauf nahm  
 Frau Gerhardt das Wort und erklärte, daß ihr häufig bis zu  
 1000 Stück Zigarren genullt seien. Sie wundert sich darüber,  
 wie Herr Koloff das bestreiten kann, und fordert die Ida

Kriehn auf, die Wahrheit zu sagen, daß es ihr ebenso ergangen  
 sei; sie handle sonst nicht richtig gegen ihre Kollegen.

Fräulein Ida Kriehn erklärte dann auch, daß ihr eben-  
 falls schon 1000 Zigarren genullt seien. Hierauf nahm Kollege  
 Ritter das Wort und zog eine Parallele zwischen dem Reichler Koloff  
 und dem Zigarrenmacher Koloff, die gerade nicht sehr schmeichelhaft  
 ausfiel. Ritter sprach seine Verwunderung darüber aus, daß,  
 da der frühere Kollege Koloff doch ein so großer Freund vom  
 Blaumachen und Spätkommen gewesen sei, er heute so warm  
 für die Bestrafung derartiger Verbrecher eintritt. Herr Koloff  
 erklärte, Kollegen Ritter wegen einer Aeußerung, die derselbe  
 zum Schluß seiner Ausführungen gemacht, verklagen zu wollen.  
 Es sprachen noch mehrere Redner, die Herrn Koloff gerade  
 keine Liebenswürdigkeiten sagten. Es wurden folgende Reso-  
 lutionen einstimmig angenommen: 1. Die heute im Schweizer-  
 garden tagende, von ca. 2000 Personen besuchte Verammlung  
 fordert hiermit Herrn Koloff, sowie die übrigen Meister auf, die  
 Arbeiter in ihrer Fabrik zu veranlassen, daß sie dieselben Löhne  
 fordern, als wie ihre Berliner Kollegen; umfomehr könnten sie  
 dieses, da die Firma Loeser u. Wolff Berliner Preise für ihre  
 Waare erzielt. Die Herren Meister in Elbing und Brauns-  
 berg werden als alte Genossen, als welche Herr Koloff dieselben  
 hinstellte, wohl den Muth dazu haben, und vor Wahregelung  
 brauchen die Herren sich nicht zu fürchten, da die Berliner  
 Kollegen dann hinter ihnen stehen; 2) die heutige Veramm-  
 lung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen erklärt, den Boykott  
 über die Firma Loeser u. Wolff so lange aufrecht erhalten zu  
 wollen, bis genannte Firma die kolossale Ausnutzung jugend-  
 licher Arbeiterinnen (dreijährige Kontrakte) aufgibt und mehr  
 männlichen Arbeitern zur besseren Kontrolle gerügter  
 Uebelstände Beschäftigung giebt. Ebenso verlangen  
 wir, daß den Arbeitern ihre persönliche Freiheit  
 in und außerhalb der Fabrik nicht verknümmert  
 werden darf, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen ihrer  
 politischen Ueberzeugung und Betätigung derselben nicht, wie  
 schon geschehen, gemahregelt werden dürfen. Mit einem Hoch  
 auf die Lohn- und Arbeiterbewegung schloß die Verammlung.

**Vollständig aufgelöst** wurde die am 20. d. Mts. im  
 „Neuköniglichen Volksgarten“ tagende Versammlung des Fachvereins  
 der Gärtner. Als der Referent, Herr Dr. Bruno Wille, bei  
 seinem Vortrage „Der Kampf um's Dasein“ die Worte ge-  
 brauchte: Da das Proletariat im Elend lebt, wegen der ge-  
 schilderten sozialen Zustände, so bleibt ihm, um das Elend zu  
 beseitigen, nichts übrig, als die Formen der Gesellschaft derart  
 abzuändern zu suchen, daß eine Anpassung, eine Harmonie  
 zwischen den Bedürfnissen und den sozialen Zuständen, eintritt  
 u. s. w., löste der überwachende Beamte die Versammlung auf  
 Grund § 9 des Sozialistengesetzes auf. Langsam leerte sich der  
 Saal unter donnerndem Hoch auf den Referenten sowie auf  
 den Fachverein der Gärtner. — Beschwerde wird eingereicht  
 werden.

**Die Steinmehnen**, welche kaum erst einen lang andauern-  
 den und wie selten ein anderer erbitterten Lohnkampf beendet  
 haben, beginnen sich schon von neuem zur Durchführung des  
 Achtstundentages im kommenden Frühjahr zu rüsten. Sie  
 hatten aus diesem Grunde auf Mittwoch Abend einen von über  
 500 Fachgenossen besuchte „Große öffentliche Stein-  
 meh-Verammlung“ in Krenn'scher Salon, Deme-  
 nistrasse, einberufen, in welcher zunächst Buchdrucker Wilhelm  
 Berner über den Achtstundentag sprach. Er erklärte  
 die unbedingte Nothwendigkeit der Verkürzung der  
 Arbeitszeit, der gänzlichen Abschaffung der Kinderarbeit  
 aus der gegenwärtigen, durch Technik und Maschinen-  
 wesen längst überholten und verrotteten kapitalistischen  
 Produktionsweise und ermahnte lebhaft, den kommenden 1. Mai  
 feiern zu helfen. — In einer einstimmig zur Annahme kom-  
 menden Resolution erklärten sich die Anwesenden mit den  
 Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden, ver-  
 sprachen, in sämtlichen Betrieben für den Achtstundentag ein-  
 zutreten und den 1. Mai 1890 als Feiertag hochzuhalten. —  
 Ein Antrag, alle Kollegen, welche während des letzten Streiks  
 gearbeitet, in einer Liste zu veröffentlichen, ward einstimmig ab-  
 gelehnt; ein anderer, dahin gehend, den Ueberschuß der Keller-  
 versammlung des Abends den streikenden Tabakarbeitern zuzu-  
 senden, einstimmig angenommen. — Ueber die Firmen Loeser  
 u. Wolff, Holle und die ganzen Lokale, welche Arbeiterblätter  
 nicht halten, wurden die bekannten Beschlüsse gefaßt.

**Eine Versammlung mit Hindernissen.** Am 15. No-  
 vember tagte der Köppler-Fachverein der Maurer im Klein-  
 schen Lokale. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Ziele der  
 Gewerkschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In dieser  
 öffentlichen Versammlung lud der Vorsitzende Gäste ein, ohne  
 die Polizei hieron zu benachrichtigen. Es fanden sich sehr  
 viele Freunde ein; das Lokal war überfüllt. Bald erschien der  
 Polizei-Inspektor, künzte sofort auf die Menschenmenge und  
 forderte darth sämtliche nicht zum Fachverein Gehörigen auf,  
 den Saal innerhalb 5 Minuten zu verlassen. Die Betreffenden  
 verließen hierauf unter lautem Bravo das Lokal. Nun erst  
 eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und ertheilte dem  
 Referenten das Wort, welcher in seinem Vortrag das Wort  
 Politik gebrauchte. Der Polizei-Inspektor verbot dieses Wort.  
 Doch der weitere Vortrag brachte das Wort wiederum. Zum  
 zweiten Male verbot der Inspektor dem Referenten das Wort  
 Politik. Der Schluß führte den Referenten nochmals auf die  
 Politik zurück; hierauf befaß der Polizei-Inspektor dem Vor-  
 sitzenden, die Versammlung zu schließen. Somit nahm die Ver-  
 sammlung ihren Schluß. (Die Aufforderung des Polizei-  
 Inspektors war ungeschicklich; er war nur befugt, die Versammlung  
 aufzulösen, wenn der § 9 des Sozialistengesetzes Anwendung  
 finden konnte. Eben so wenig war er befugt, die Nichtmit-  
 glieder aus dem Saale zu weisen. Hoffentlich ist Beschwerde  
 eingelegt, um der höheren Behörde Gelegenheit zu verschaffen,  
 dem Herrn Polizei-Inspektor genauere Kenntniß der Gesetze  
 dringend anzurathen. Red.)

**Spremburg.** Sonntag, den 10. d. M., fand hier im  
 Saale des Schützenhauses eine im „Spremb. Anz.“ bekannt  
 gemachte Kommunalwähler-Versammlung statt, welche von einem  
 hiesigen Bürger einberufen worden, der aber nicht wußte, daß  
 diese Verammlung der Behörde vorher anzumelden ist. Die  
 Behörde hat nun, nachdem die Versammlung getagt hatte, den  
 betreffenden Einberufer, den Saalwirth, sowie das gefamte  
 Bureau, bestehend aus drei Mann, dergleichen den Referenten,  
 Stadiverordneten H. Cennier mit je 15 M. Strafe  
 bedacht. So etwas kann wohl doch nur Spießbürgern passiren,  
 die sich ihr ganzes Leben hindurch um kein Veretnisgesetz ge-  
 kümmert haben.

**Breslau, 10. November.** Eine große sozialde-  
 mokratische Volksversammlung war hier am  
 vergangenen Sonntag einberufen worden. Die Einberufer  
 hatten sich nicht getraut, die Zahl der Verammlungstheil-  
 nehmer war eine so große, daß der große Saal des „Zivoli-  
 vollständig überfüllt war, trotzdem die Verammlung Mittags  
 12 Uhr eröffnet wurde. Nachdem Herr Delfig zum Vorsitzenden  
 gewählt worden war, hielt der sozialdemokratische Reichstags-  
 kandidid für den Wahlkreis Breslau-Ost, Stadtverordneter  
 Franz Tugauer aus Berlin, einen Vortrag über die Bedeutung  
 der kommenden Reichstagswahlen. Er dankt zunächst für das  
 entgegengebrachte Vertrauen und verspricht sich desselben würdig  
 zu zeigen wenn der Wahlkreis Breslau-Ost zurückerobert würde.  
 Die Gegner brauchen sich ihres letzten Sieges in diesem Wahl-  
 kreise nicht zu rühmen, denn die Mittel im Wahlkampfe seien  
 ungleich gewesen. Zahlreich seien die Beeinflussungen der  
 Arbeiter gewesen, die Sozialdemokraten hätten kaum ein Ver-  
 sammlungslokal erhalten können. In letzterer Beziehung schiene  
 diesmal eine Wandlung zum Bessern eingetreten zu sein, aber  
 nicht ohne Zutun der Arbeiterpartei Breslau. Diese habe  
 gewußt, welche Mittel anzuwenden und sie habe damit Erfolg gehabt.  
 Er freue sich, das die hiesigen Arbeiter von den Berlinern

etwas gelernt hätten. In Berlin habe die Sozialdemokratie  
 keinen Mangel mehr an Lokalen und dasselbe werde man in  
 Breslau erreichen. Nachdem Redner im weiteren die Sozial-  
 demokraten als die wahren Vertreter der Arbeiter bezeichnet hat,  
 erklärt er sich von dem bestehenden Wahlrecht noch nicht ganz  
 befriedigt. Nicht erst mit dem 25. Lebensjahre, sondern mit  
 der Mündigkeit, also dem 21. Jahre, müsse die Ausübung des  
 Wahlrechts verknüpft sein. Werde doch manchmal der viel jüngere  
 Beamte mit weit wichtigeren Interessen betraut. Die Reichs-  
 tagsabgeordneten müßten ferner Diäten erhalten. Man habe  
 vielleicht geglaubt, durch die Diätenlosigkeit die Arbeitervertreter  
 aus dem Reichstage fernhalten zu können. Man habe sich auch  
 hiezu geirrt. Eine weitere Forderung sei, daß die Wahl nicht  
 an einem Wochentage stattfinden, damit der Arbeiter von seinem  
 Arbeitgeber an der Ausübung der Wahl nicht gebindert werden  
 könne. Sollte nun die Wahl doch an einem Wochentage statt-  
 finden, dann müsse der Wahltag zu einem geschicklichen Feiertage  
 gemacht werden. (Bravo.) Man habe die Arbeiter bei den  
 letzten Wahlen dadurch heimgesucht, daß man ihnen in den  
 Fabriken gegnerische Stimmzettel in die Hand drückte und genau  
 kontrollirte ob dieselben auch abgegeben wurden. Damit könne man  
 nur bei indifferenten Arbeitern Glück haben, deren Zahl freilich noch  
 ziemlich groß sei. Der aufgestellte Arbeiter lasse sich in dieser  
 Hinsicht nicht beeinflussen. Was die gesetzgeberische Thätigkeit  
 anlangt, so seien von den Sozialdemokraten beantragte Gesetze  
 überhaupt noch nicht gemacht worden, denn die Sozialdemo-  
 kraten würden majorisirt. Möchten sich die gegnerischen Parteien  
 außerhalb des Reichstages noch so sehr bekämpfen, in der  
 Gegnerschaft gegen die Arbeiter seien sie einig. Die Arbeiter  
 sollten sich deshalb durch Verprechungen der verschiedenen  
 Parteien nicht einsangen lassen. Die Sozialdemokraten hätten  
 bezüglich des Arbeitergesetzes wiederholt Anträge eingebracht.  
 Man habe das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken, die  
 Regelung der Frauenarbeit, die gesetzliche Festsetzung eines  
 Maximalarbeitstages verlangt. Alle diese Anträge seien abge-  
 lehnt worden, weil die Sozialdemokraten in zu geringer Zahl  
 vertreten seien. Trotz aller Kirchlichkeit habe es selbst die  
 Zentrumsparthei nicht vermocht, einem Antrage auf gesetzliche  
 Festsetzung der Sonntagsruhe zuzustimmen. Man sage ferner,  
 die Sozialdemokraten seien Feinde der Familie. Diesen Vor-  
 wurf könnten nur Böswillige erheben, oder solche, welche die  
 heutigen Familienverhältnisse überhaupt nicht kennen. Können  
 man denn jetzt noch von einem Familienleben reden, wenn die  
 Frauen und Kinder in die Fabriken gehen müßten? Die So-  
 zialdemokraten seien gerade die größten Förderer des Familien-  
 lebens und damit die eigentliche Stütze des Staates. Des-  
 halb wollten die Sozialdemokraten, daß die Kinder aus den  
 Fabriken fortgehalten würden, daß die Frauenarbeit beschränkt  
 werde, daß der Mann als der Ernährer der Familie auftreten  
 könne. Er habe heute gelesen, daß Arbeiter auf den hiesigen  
 Bahnen 1,40 und 1,60 M. pro Tag verdienen. Damit könne  
 doch Niemand mit Familie auskommen! Das seien ungeheure  
 Verhältnisse, die bekämpft werden müssen. Der gesetzliche  
 Maximalarbeitstag sei eine alte Forderung, so alt wie die  
 sozialdemokratische Partei selbst. Derselbe sei nothwendig,  
 wenn man bedenke, daß die Maschinen immer mannigfacher  
 würden. Wenn eine Maschine verbessert oder eine neue er-  
 funden werde, so sollte man sich fragen, wie viele Arbeiter  
 dadurch wieder brotlos gemacht würden. Man habe den Ar-  
 beitern entgegenzukommen geglaubt, indem man das Alters-  
 und Invalidegesetz schuf. An sich sei der Gedanke ein gesun-  
 der, aber wie habe man ihn zur Ausführung gebracht? Er  
 habe noch keinen 70jährigen Tischlergehilfen gesehen, welcher  
 rentenberechtigt hätte werden können. (Rufe: Sehr wahr.)  
 Man nenne ferner die Sozialdemokraten Reichsfeinde. Es gebe  
 wenig Parteien, die nicht schon Anspruch auf diesen Titel  
 hätten. Nachdem Redner ferner den Kartellparteien den Vor-  
 wurf gemacht, durch Verlängerung der Legislaturperioden von  
 3 auf 5 Jahre das Wahlrecht beschränkt zu haben, kommt er  
 auf die indirekten Steuern zu sprechen, von denen die Sozial-  
 demokraten die größten Feinde seien. Für die Regierung  
 sei es sehr bequem, Steuern einzuholen, von denen die So-  
 zialdemokraten nichts merke. Die ganz bedeutende Steuer-  
 vermehrung verdanke man auch der Kartellmehrheit.  
 Und dabei seien auch die allernothwendigsten Lebensmittel  
 besteuert. Die Sozialdemokraten wollten alle verchiedenen  
 Steuern abgeschafft wissen und dafür eine einzige Steuer ein-  
 geführt sehen, die alle Bedürfnisse des Staates, und in der  
 Kommune eine einzige Steuer, welche alle Bedürfnisse der  
 Kommune befriedige. Sie verlangten die progressive Einkom-  
 mensteuer, die nach oben bedeutend wachse. Redner meint  
 ferner, ein lebendes Heer sei nicht nothwendig, es genüge die  
 Einrichtung eines Volksheres. Man brauche die Leute nicht  
 drei Jahre ihrem Berufe zu entfremden, sondern wie in der  
 Schweiz vorgehen, wo die Jugend schon in militärischen  
 Uebungen erzogen werde. Wenn die Jugend erwachsen, be-  
 dürfe es nur noch weniger Wochen, um die militärische Aus-  
 bildung zu vollenden. Dann erst werde das Volkshere zur  
 Wahrheit werden. Redner sucht seine Anschauungen durch  
 Zitate von Aussprüchen der Feldmarschälle Gneisenau und Ra-  
 decki als herachtigte zu erhärten. Die Sozialdemokraten wol-  
 len Deutschland nicht kampfunfähig machen, sondern eine wehr-  
 fähige Nation durch Einrichtung eines Volksheres herstellen.  
 Uebriens drängen die Völker nicht zum Kriege. Auch das  
 französische Volk wäre 1870 nicht auf den Kriegsgedanken ge-  
 kommen. Wer aber von den Fürsten Schuld an dem Kriege  
 gehabt, könne man nicht entscheiden. Redner schloß unter  
 lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, die Wahlscharte von 1887  
 auszuweihen, sich zu organisiren und Geldmittel zur Wahl-  
 agitation herbeizuschaffen. — Nach Eröffnung der Ver-  
 sammlung wam Herr Gerhardt vor den Freisinnigen,  
 welche schon wieder mit den Arbeitern liebäugelten.  
 Dann sprach er speziell zu den Eisenbahn-Beschäftigten,  
 dieselben an ihre Pflichten erinnernd. Herr Zahn klagt, daß  
 es noch immer Arbeiter gebe, welche die kapitalistische Presse  
 lesen. Wenn es nun den Sozialdemokraten möglich geworden,  
 Lokale zu gewinnen, so müsse man auch dahin streben, daß in  
 den Restaurationen die sozialdemokratische Presse ausliege. In  
 Breslau seien dies die „Schlesischen Nachr.“ Er erwarte von  
 jedem Arbeiter, daß er nur in Lokalen verkehre, wo die „Schl.  
 Nachr.“ ausliegen. Er müsse dieselben fordern und wenn sie  
 ihm nicht gegeben werden könnten, so solle er auf Bier ver-  
 zichten. Nach den Ausführungen des Herrn Giehmann  
 stützeten sich die Gastwirthe „vor oben“, die „Schl. Nachr.“  
 mitzuhalten. Als nun Herr Martin behauptete, der Staat ziehe  
 die Zuchthäuser groß, weil er nicht für besseren Verdienst Sorge,  
 erklärte der überwachende Polizeikommissarius die Verammlung  
 für „geschlossen“. Unter lebhaftem Hochrufen auf Tugauer  
 leerte sich allmählig der Saal.

**Berichtigung.** Herr C. Vogtherr ersucht uns um Richtig-  
 stellung des Berichtes über seinen im Metallarbeiter-Verein  
 gehaltenen Vortrag über „Arbeitszeit und Arbeitsruhe“ und  
 zwar dahin, daß er die Durchschnittsalterzahlen mit 35, 45 und  
 50 angegeben habe.

**Große öffentliche Versammlung aller in der Gutfabrikation  
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend**  
 am Sonntag, den 22. November, Abends 8 Uhr, in der großen Saal (Hilfen-  
 Bauwerk) am Friedrichshagen. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die in der  
 Gutfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend  
 zu dem in Außenwalde beschlossenen Generalstreik der Arbeiter und Arbeit-  
 erinnen gleicher Branche? Referent: Kollege R. Kugullin. 2. Diskussion.  
 3. Bericht über den Tageslauf. 4. Vorschläge für die Zukunft. 5. Ehrenplak.  
 6. Berlin zur Wahrung der Interessen der Gutfabrikanten und Gutfabrik-  
 anten Berlins und Umgegend. Sonntag, den 22. November, Nachmittags  
 4 Uhr, bei dem Kollegen Franz, Blumenstraße 88. Mitglieder-Versammlung.  
 Tagesordnung: 1. Bericht über den Zustand der Gewerkschaften. 2. Bericht  
 über die Angelegenheiten. 3. Bericht über den Zustand der Gewerkschaften.  
 Mitglieder werden aufgerufen. Am nächsten Abend wird ergründet.  
 Sozialdemokratischer Leseklub Beromünche. Alle Freitage, 8 Uhr,  
 abend bei Bank, Poststraße 48.

